Nr. 213 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 17. September 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Ewiger Zollkrieg?

Sabotage der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Aus Berlin wird der „Volkswacht" geschrieben:

Zwischen Deutschland und Polen besteht nun schon seit drei Jahren der Zollkrieg, der beiden Ländern großen Schaden zugefügt hat. Man hat in Genf und Stockholm, Hamburg und Frankfurt a. M. viel über die Beseitigung der Handelshemmnisse geredet. Für das handelspolitische Verhältnis Polen-Deutschland scheint das aber alles nicht zu gelten.

Nun ist in diesen Tagen der deutsche Gesandte in Polen, Rauscher, nach Warschau zurückgekehrt. Der Beginn der Handelsvertragsverhandlungen wäre eigentlich damit fällig. Sie können auch mit viel Aussicht auf Erfolg begonnen werden; denn die „politischen" Streitfragen scheinen bis zur vertraglichen Festlegung geklärt zu sein, nachdem im Juni schon die Behandlung der Erwerbslosen- und Arbeitslosenversicherungsfrage zum Abschluß und in der Frage der Wanderarbeiter weiter keine unüberwindlichen Hindernisse bestehen, als nur noch die Verhandlungen über die Tarife zu diskutieren. Aber in der deutschen Regierung herrscht vollständige Untätigkeit und, was schlimmer ist, vollständige Unschlüssigkeit und Aktionsunfähigkeit. Dazu kommt, daß die im Juli aufgenommene direkte Fühlungnahme zwischen deutschen und polnischen Wirtschaftsführern, die deutscherseits schließlich vom Reichsverband der deutschen Industrie geführt wurden und die die Kluft zwischen beiden Regierungen überbrücken sollte, ergebnislos verlaufen ist.

Das Zentrum des Widerstandes sind natürlich die großagrarischen Interessen, der Reichslandbund und der Ernährungsminister Schiele. Sie finden Unterstützung durch schwerindustrielle Forderungen, die sich gegen die polnisch-oberschlesische Kohlenkonkurrenz richten. Diese Kreise sabotieren bewußt das Programm der Reichsregierung, das den europäischen Handelsfrieden durch zollsenkende Handelsverträge zu fördern versprochen hat. Die Dinge liegen heute tatsächlich so, daß sogar die von dem deutschen Delegationsführer Lewald im Auftrag der jetzigen Regierung angebotenen Zugeständnisse (Einfuhrkontingent für lebende Schweine, freie Belieferung einer Reihe von Konservenfabriken mit polnischem Schweinefleisch, Kohlenkontingent in Höhe von 100 000 Tonnen) in Frage gestellt sind. Das geschieht, obwohl die Schwerindustrie eine unerhörte Konjunktur erlebt hat und sich um weitere günstige Absatzgestaltung, wenigstens im Inland, nicht zu sorgen braucht.

Soweit die agrarischen Interessen in Frage kommen, steht auch fest, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Schweinezucht nicht von der Schweineeinfuhr, sondern von der Größe der inländischen Futtermittelernte abhängt, die allein die gefürchteten starken Schwankungen der Schweinepreise zur Folge hat.

Dabei hat sich der Widerstand der großagrarischen Kreise jetzt zu dem Willen verdichtet,

bewußt den Zollkrieg mit Polen zu verewigen.

Der Reichslandbund nimmt die Einrichtung der polnischen Maximalzölle, die Ende Dezember 1927 auch gegen Deutschland, wenn bis dahin kein Handelsvertrag zustandekommt, in Kraft treten werden, zum Vorwand, um Polen den ewigen Zollkrieg zu erklären. Das Organ des Reichslandbundes übt den stärksten Druck auf Regierung und Industrien aus, den Tarifwünschen Polens unter keinen Umständen entgegenzukommen und versteigt sich schließlich zu folgendem abschließenden Satz: „Die wirtschaftliche Struktur der beiden Vertragskontrahenten macht einen Ausgleich in den reinen Handelsbeziehungen zurzeit unmöglich." Das heißt,

der Reichslandbund will den Zollkrieg in Permanenz.

Der Reichsernährungsminister Schiele führt dieses Programm durch und das Reichskabinett selbst ist durch die grundsätzliche Sabotage Schieles zur Ohnmacht verurteilt. Soweit wir über die Verhandlungen im Reichskabinett unterrichtet sind, hat Schiele auch in den bisherigen Besprechungen sich geweigert, irgendwelche Konzessionen zu machen, obwohl nur durch eine entgegenkommende kluge Initiative der tote Punkt in den Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland überwunden werden kann.

Dieser Sabotage der Handelsvertragsverhandlungen durch den Reichslandbund und seinen Minister Schiele, die den deutschen Preisstand hoch treibt, die Lebenshaltung der Massen tief hält und die weitere Konjunkturentwicklung bedroht, muß ein Ende gemacht werden. **Aufgabe der öffentlichen Meinung ist es, durch scharfen Protest das Reichskabinett gegen die großagrarischen und schwerindustriellen Einflüsse zur Initiative zu zwingen.** Die verarbeitende und Fertigindustrie darf sich nicht weiter gefallen lassen, daß sich das Großagrariertum auf ihre und des Volkes Kosten unerlaubte Vorteile verschafft — denn das bedeutet der gegenwärtige Zollkrieg. Schon der deutsch-französische Handelsvertrag ging zu Lasten der deutschen Exportindustrie, weil Frankreich sich für die kontingentmäßige Beschränkung der Weineinfuhr einen sehr hohen Preis hat zahlen lassen. Auch der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag hat deshalb, weil mit Rücksicht auf die deutschen Großagrarier die Vieheinfuhr nach Deutschland ungeregelt blieb, seine beste Wirkung verfehlt. Kommt mit Polen kein Vertrag zustande, so sind weitere Abkommen mit anderen europäischen Staaten durchaus bedroht.

Die verarbeitende, die Fertigindustrie und die in ihnen beschäftigten Arbeitermassen haben ein Recht auf die Forderung nach einer Entlastung, da sie bei den bisherigen handelspolitischen Abkommen genügende und einseitige Opfer gebracht haben. Die breiten Verbrauchermassen müssen von der Reichsregierung verlangen, daß ihrem Lebensinteresse an einer billigen Versorgung, an einer verbilligten Lebenshaltung, den Interessen der Junker und Schlotbarone vorangestellt werden. Die Reichsregierung hat die Pflicht, dieser nur berechtigten Forderung Rechnung zu tragen und wir hoffen, daß, wenn die Regierung zögern sollte, die organisierten Arbeiter und Verbrauchermassen ihr eindeutig klar machen werden, daß es hier kein Zögern mehr geben darf.

Ein Sieg der Kleinstaaten in Genf

Kuba, Finnland und Kanada in den Völkerbundsrat gewählt — Belgiens Wiederwahl abgelehnt — Eine Erklärung Vanderveldes

Genf. **In der Donnerstag-Vollversammlung des Völkerbundes wurden im ersten Wahlgang in geheimer Stimmzettelwahl zu nichtsständigen Ratsmitgliedern Kuba mit 40, Finnland mit 33 und Kanada mit 26 Stimmen gewählt. Insgesamt sind 49 Stimmen abgegeben worden. Es entfielen ferner noch 23 Stimmen auf Griechenland, 16 auf Portugal, 3 auf Uruguay, 2 auf Dänemark, eine auf Siam. Die Wahl erfolgte nach einfacher Stimmenmehrheit. Nach Bekanntgabe des Wahlresultats erklärte der Präsident Guani daß Kanada, Finnland und Kuba zu nichtsständigen Ratsmitgliedern gewählt worden sind.**

Der Wahlakt in Genf

Genf. Die Völkerbundsversammlung trat nachmittag zur Neuwahl der jährlich ausscheidenden drei Ratsmitglieder, die nach der am 16. September v. Js. von der Völkerbundsversammlung beschlossenen Wahlordnung in geheimer Stimmzettelwahl mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgte. In diesem Jahre scheiden aus: Belgien, Tschechoslowakei und San Salvador. Die Wahl der neuen Ratsmitglieder erfolgte auf drei Jahre.

Zu Wahlleitern wurden die Präsidenten, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Außenminister Chamberlein ernannt, die unter lang anhaltendem Beifall der ganzen Versammlung vor der Präsidententribüne am Wahltisch Platz nahmen. Als Briand vorbeiging und den beiden Außenministern die Hand drückte, brach die ganze Versammlung in neuen Beifall aus. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt und folgte mit gespannter Aufmerksamkeit dem Verlauf der Abstimmung. Die Delegierten wurden wie üblich in alphabetischer Reihenfolge nacheinander aufgerufen, um den Wahlzettel, der die Namen dreier Länder enthalten muß, in den Wahlkasten zu legen. Als erster stimmte Staatssekretär von Schubert ab, darauf folgen der Reihe nach alle 48 Delegationen

Belgiens Wiederwahl abgelehnt

Genf. In der letzten Vollversammlung des Völkerbundes wurde in geheimer Abstimmung der Antrag der belgischen Regierung auf Erklärung der Wiederwählbarkeit Belgiens für die Wahlen zum Völkerbundsrat von der Vollversammlung abgelehnt, da die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erzielt worden war. Abgegeben wurden insgesamt 48 Stimmen. Die Zweidrittelmehrheit betrug somit 32 Stimmen. Für Belgien wurden jedoch nur 29 Stimmen abgegeben. Nachdem der Präsident der Versammlung, Guani, der Vollversammlung das Ergebnis bekannt gegeben hatte, nahm der belgische Außenminister Vandervelde das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Vandervelde erklärte, daß Belgien auf Wunsch einiger Locarnomächte seinen Antrag auf Wiederwählbarkeit gestellt habe. Die statutenmäßig notwendige Mehrheit sei nicht erreicht und die Wiederwählbarkeit Belgiens somit von der Vollversammlung abgelehnt worden. Er lege Wert darauf, der Versammlung folgende zwei Mitteilungen zu machen:

1. Die belgische Delegation sei überzeugt, daß die Ablehnung der Wiederwählbarkeit von der Versammlung ausschließlich aus prinzipiellen Gründen erfolgt sei und nichts mit den Empfindungen der Versammlung für Belgien zu tun habe.

2. Die Ablehnung würde Belgien nicht daran hindern, wie bisher mit der größten Aktivität und Hingabe auch weiter an dem großen Werk der Förderung des Friedens durch den Völkerbund mitzuarbeiten.

Die Erklärung Vanderveldes wurde mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen.

Woldemaras über Baltenbund, Wilna und Memel

Berlin. **Der litauische Ministerpräsident Woldemaras gewährte in Genf dem Vertreter des „Asien-Ost-Europa-Dienstes" ein Interview, in dem er die Frage des Baltenbundes, der Wilnafrage und die Memelpolitik erörterte. Bezüglich der Frage der Neutralisierung der baltischen Staaten erklärte Woldemaras, daß er den gegenwärtigen Augenblick angesichts des englisch-russischen Bruches für unpassend zur Erörterung der Neutralisierung halte. Bezüglich der litauisch-polnischen Beziehungen betonte er, daß Rußland Polen bisher noch kein Vorschlag gemacht habe, der eine Regelung der Wilnafrage ergebe. Ueberhaupt bezeichnete er die gegenwärtigen westlichen und östlichen Grenzen Polens nicht als Grenzen sondern als ein politisches Problem, dessen Lösung noch ausstehe. Die östlichen Grenzen Polens erkenne nicht nur Litauen nicht an, sondern auch Rußland verweigere die Anerkennung der Grenzen. Rußland habe sich verpflichtet, die Grenzen zwischen Polen und Litauen nur anzuerkennen, die auf Grund einer freiwilligen Einigung beider Staaten bestimmt werden. Da zwischen Polen und Litauen keinerlei Vereinbarungen bestünden, so folge hieraus daß Rußland die polnischen Grenzen nicht anerkannt habe. Da auch Deutschland die westlichen Grenzen Polens nicht anerkenne, sei festzustellen,**

daß Polens Grenzen weder von Deutschland noch von Rußland noch von Litauen anerkannt würden.

Die Beziehungen Litauens zu Deutschland seien gut. (?) Deutschland sei eine Großmacht die im Osten wirtschaftlich dominiere und Litauen zöge aus dieser Tatsache die Konsequenzen. Die Memelfrage sei kein Hindernis zur Unterhaltung guter Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland. Gewiß werde noch eine Zeit vergehen, bis die Bevölkerung sich den neuen Bedingungen des Staatsfriedens anpasse, jedoch rufe diese Anpassung keine wirklich ernsten Reibungen hervor. Litauen verletzte nicht die Rechte der deutschen Bevölkerung, sondern wolle sie eher erweitern und nicht beschränken. Jedoch müsse Litauen Pflichterfüllung fordern, so u. a. die Anerkennung der Priorität des Litauischen als Staatsprache.

Soweit Woldemaras Ausführungen über das Verhältnis zu Deutschland auch dem deutschen Standpunkt entsprechen, ist nur dringend zu hoffen, daß diesen Worten endlich auch die Taten folgen und daß vor allem der litauische Ministerpräsident zunächst einmal dafür sorgt, daß seine eigenen Versprechungen, die er während der Tagung in Genf gemacht hat, im Hinblick auf das Memelland erfüllt werden.

Weitere Verschiebung der Westplattenangelegenheit

Genf. Das von dem Völkerbundsrat zu der Klage des Danziger Senats auf Verlegung des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte nach Gdingen von einem besonderen juristischen Komitee angeforderte Gutachten, mit dem der Völkerbundsrat sich in einer seiner Donnerstag-Sitzungen beschäftigen wird, hält sich auf einem rein formaljuristischen Standpunkt und empfiehlt Wiederaufnahme des Verfahrens durch den Danziger Senat bei der satzungsgemäß ersten Instanz, dem Völkerbundskommissar in Danzig. Erst nach dessen Entscheidung soll der Völkerbundsrat sich zum zweiten Male in zweiter Instanz mit der Angelegenheit zu befassen haben. Das Gutachten stellt jedoch grundsätzlich fest, daß Ratsbeschlüsse revisionsfähig sind. Es ist damit zu rechnen, daß der Rat sich ohne Debatte auf den Standpunkt des Gutachtens des Juristenkomitees stellen wird. — Damit wird eine grundsätzliche Entscheidung über die Verlegung des polnischen Munitionslagers nach Gdingen vom Völkerbundsrat wiederum auf unbestimmte Zeit verschoben, was eine völlig unbegründete und höchst unerwünschte Verzögerung der für Danzig so äußerst wichtigen Angelegenheit bedeutet.

Millerand verteidigt Polens Integrität

Paris. Die Nationalrepublikanische Liga gab zu Ehren Millerands, der als Kandidat dieser Liga für die Senatsersatzwahl im Departement Orne aufgestellt ist, ein Bankett. In einer programmatischen Rede sprach Millerand vornehmlich über seinen Kampf gegen das Kartell der Linken für die nationale Einigung an der Spitze der Nationalrepublikanischen Liga. In diesem Zusammenhang bezeichnete Millerand die Anerkennung der Sowjetregierung als einen der größten Fehler der Politik des Kartells und erklärte, die einzige Maßnahme, den Kommunismus zu treffen, sei, dem Sowjetbotschafter seine Pässe zuzustellen und den französischen Vertreter in Moskau zurückzurufen. Zum Schluß berührte Millerand kurz die Entwaffnungsfrage. Die Entwaffnung sei nur zu denken als hervorwachsend aus der einmütigen Zustimmung der Völker. Die Integrität Polens in den durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen sei für die Aufrechterhaltung des französischen Friedens ebenso wesentlich, wie die Achtung der Klauseln betreffend Elsaß-Lothringen. Deutschland könne nicht die Hand auf den Danziger Korridor oder auf Oberschlesien legen, ohne die Welt in Brand zu stecken. So lange diese Eventualität nicht in das Gebiet der Träume zurückverwiesen werde, müsse Frankreich stark bleiben, um geachtet zu bleiben.

Ein französischer Vorstoß für Wiederbelebung des Genfer Protokolls

Paris. Sowohl „Matin" als auch „Petit Journal", wissen über einen bevorstehenden französischen Vorschlag zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zu berichten. Nach dem letztgenannten Blatt beabsichtigte die französische Delegation, der dritten Völkerbundskommission einen allgemeinen Antrag zu unterbreiten, der die Frage der Sicherheit und Abrüstung verquicke und darauf abziele, daß die verbreitende Abrüstungskonferenz sich mit den verbundenen Fragen beschäftigte. Auf diese Weise wurde, so bemerkt das Blatt, die Abrüstungskonferenz den Auftrag erhalten, das Doppelproblem in seiner Gesamtheit zu betrachten, ohne daß irgend einer der Gedanken oder Texte, auf die Frankreich und eine Zahl anderer Staaten Wert legen, ausgeschlossen sei.

Trotz der verklausulierten Formel ist der Hinweis auf die Wiederbelebung des Genfer Protokolls deutlich genug.

Macdonald gegen Chamberlain

London. Ramsay Macdonalds am Mittwoch in „Daily Herald" und im „Manchester Guardian" veröffentlichte Vorschläge: 1. daß eine Völkerbundskommission eingesetzt werde, um das Genfer Protokoll von 1924 zu prüfen und eventuell zu ergänzen; 2. daß eine Befragung der Dominien, eventuell eine Reichskonferenz mit Hinblick auf die Verpflichtungen des britischen Reiches im Falle einer Annahme des Protokolls stattfinden solle, haben in Großbritannien größtes Interesse erregt und die Erörterung des Protokolls von 1924 wieder in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt. In einem Interview stellt Lord Parmour, der unter der Arbeiterregierung als britischer Delegierter in Genf tätig war, fest, Chamberlains jüngste Rede in Genf sei auf eine „aggressive Weise unglücklich gewesen". Es sei nunmehr an der Zeit, einen energischen Feldzug für das Protokoll zu entfalten. Lord Parmour protestiert aufs nachdrücklichste gegen die in der jüngsten Rede Chamberlains zutage getretene Auffassung, daß ein Zerfall des britischen Reiches zu befürchten sei, wenn die im Protokoll zum Ausdruck gekommene Friedenspolitik verwirklicht würde. In ähnlicher Weise spricht sich auch der Vorsitzende der sozialistischen Arbeiter-Internationale, Henderson, der bei der Abfassung des Protokolls entscheidend mitgewirkt hat, aus. Henderson betont, daß die Vorschläge des Protokolls gewiß nicht das letzte Wort darstellten, aber seinerzeit das gebührende Interesse und die Aufmerksamkeit Großbritanniens gefunden hätten. Die Verfasser des Protokolls hätten versucht, den Nationen klar zu machen, daß eine umfassende Anwendung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der Nationen sei. Ohne diese Sicherheit stelle die Forderung nach Entwaffnung keinen praktischen Vorschlag dar.

Wird Rakowski doch abberufen?

Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die französische Botschaft Instruktionen in der Angelegenheit Rakowski erhalten. Nach diesen Instruktionen hat die französische Regierung beschlossen, auf der Abberufung Rakowskis zu bestehen. Rakowski sei für das französische Kabinett in Paris nicht mehr wünschenswert.

Es ist möglich, daß Rakowski bereits Anfang nächster Woche Paris verläßt. Ueber den Nachfolger Rakowskis ist noch nichts bestimmt. Wie verlautet, hat Krestinski auf diesen Posten verzichtet. Karachan würde voraussichtlich das französische Agrement nicht erhalten, weil er seinerzeit aus China wegen kommunistischer Propaganda ausgewiesen wurde. Es verbleiben noch als Kandidaten Awalow und Stomonjakow. Der Rat der Volkskommissare wird demnächst über die russisch-französischen Beziehungen beraten.

Stalin über die russisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, empfing Stalin die Delegation amerikanischer Arbeiter. In seiner Begrüßungsansprache erklärte er, die Praxis habe bewiesen, daß das kapitalistische Regime und das Sowjetregime sehr gut nebeneinander existieren könnten. Eine Abänderung des Außenhandelsmonopols, wie sie von verschiedenen Seiten verlangt werde, komme zur Zeit nicht in Frage. Das Außenhandelsmonopol sei vor allem aus dem Grunde eingeführt worden, um die Bauern der Sowjetunion vor Ueberfremdung zu schützen. Die Sowjetregierung wolle nichts weiter als den Frieden. Zu diesem Zwecke sei sie bestrebt, mit allen Staaten Garantieverträge abzuschließen. Es sei weiter nicht verwunderlich, wenn die Sowjetregierung ihre politische Unabhängigkeit zu wahren bestrebt sei. Ihr Verhalten zum Völkerbund werde sie in absehbarer Zeit wohl kaum ändern. Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion könne nur durch einen aufgezwungenen Krieg gestört werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Kapital und der staatlichen Industrie der Sowjetunion einerseits und der amerikanischen Technik und dem amerikanischen Kapital andererseits werde von der Sowjetregierung nicht nur nicht abgelehnt, sondern sogar gewünscht.

Das Urteil im Turati-Prozeß

Berlin. Wie aus Rom gemeldet wird, fällte das Schwurgericht in Savona Donnerstag das Urteil im Turati-Prozeß. Turati und fünf seiner Helfershelfer wurden zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Führer des Motorbootes, das Turati nach Corsika brachte, erhielt 11 Monate Gefängnis. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verurteilung Turatis erfolgte in contumaciam.

Mussolini macht Schule

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Teheran melden, ist unter dem Vorsitz des Schahs Riza Khan die Gründung einer faschistischen Partei in Persien vollzogen worden. Die Partei ist vollkommen nach dem Muster des italienischen Fascio organisiert.

Die Abreise Briands und Chamberlains

Genf. Briand verläßt Genf Freitag vormittag, um an der am Sonnabend stattfindenden Pariser Kabinettssitzung teilzunehmen. Er wird, wie bestimmt verlautet, Sonntag abend oder Montag früh nach Genf zurückkehren, um, wie von französischer Seite mitgeteilt wird, voraussichtlich bis zum Schluß der Ratstagung in Genf zu bleiben.

Chamberlain hat seine ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Abreise verschoben, da er erst nach Klärung des ungarisch-rumänischen Streitfalles, der auf der Sonnabendsitzung des Völkerbundsrates steht, Genf verlassen will. Man rechnet damit, daß Chamberlain am Sonnabend abends abreisen wird. Wie von seiten der deutschen Delegation erklärt wird, sei Stresemann bis zur Erledigung sämtlicher wichtiger Fragen in Genf. Da der Reichstag erst Mitte Oktober zusammentritt, wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Dr. Stresemann bis zum Schluß der Völkerbundsversammlung in Genf bleiben wird.

Die englischen Gewerkschaften wirtschaftsfriedlich?

London. Die auf Grund des Edinburger Gewerkschaftskongresses in weiten Kreisen gehefteten starken Hoffnungen auf Herstellung des industriellen Friedens in England auf der Basis eines weitgehenden Uebereinkommens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften werden nunmehr auch durch einen Artikel des offiziellen Organs des Gewerkschaftsrates gestützt. Die Haltung des Gewerkschaftskongresses und die allgemeine Politik der Gewerkschaften werden in diesem Artikel dahin präzisiert, daß der Kampfgeist der Gewerkschaften keineswegs gebrochen sei, und die Gewerkschaften keineswegs um jeden Preis Frieden wollten. Daß sie aber auf der anderen Seite gewillt sein, durch eine Politik der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern eine Lösung der industriellen Krise zu versuchen. Die Politik werde sich allerdings zunächst weder in einer allgemeinen Friedenskonferenz noch in andern praktischen Sachen auswirken. Im gegenwärtigen Augenblick sei der Generalrat für Gewerkschaften noch nicht soweit, um in vorbereitende Besprechungen mit den Arbeitgeberorganisationen einzutreten. Man hoffe jedoch, daß solche Verhandlungen ohne allzu große Verzögerung einsetzen würden.

Aussprache der Locarnomächte

Genf. Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist bei dem Frühstück, das der Präsident des Völkerbundes, Villegas, den Mitgliedern des Völkerbundsrates gab, zwischen den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens sowie dem Vertreter Italiens eine Aussprache geführt worden, in der die Locarnomächte berührenden Fragen erörtert worden sind. Ueber den Inhalt der Aussprache wurden keine näheren Mitteilungen gemacht, jedoch darf angenommen werden, daß in dieser Unterredung, die sich längere Zeit hinzog, auch die Rheinlandfragen behandelt worden sind.

Die irischen Landtagswahlen

London. Die Wahlen für den neuen irischen Landtag sind, soweit sich bisher feststellen läßt, ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung ist durch das schöne Wetter außerordentlich stark begünstigt. Da der Kampf von allen Parteien mit ungeheurem Aufwand geführt worden ist, rechnet man mit einer Rekordbeteiligung. Wem sie zugute kommt, ist allerdings noch ungewiß, obwohl die Zuversicht auf der Regierungsseite offensichtlich stärker ist, als bei den Anhängern de Valeras. Insgesamt bewerben sich 257 Kandidaten um die 149 Sitze des irischen Landtages, von denen bisher auf die Regierung 74, auf die Opposition 71 und 4 auf die Sinnfeiner entfielen. Bekanntlich haben die Sinnfeiner diesmal in Konsequenz der Eidesverweigerung keine Kandidaten aufgestellt.

Genosse Waentig zum Oberpräsidenten gewählt

Magdeburg. Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat den vom Preußischen Minister des Innern zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vorgeschlagenen Geheimen Regierungsrat, Professor Dr. Waentig, am Mittwoch mit Stimmenmehrheit gewählt. Die offizielle Ernennung Waentings, der am 1. Oktober sein Amt antritt, steht nunmehr unmittelbar bevor.

Aufdeckung eines Komplotts in Konstantinopel

Berlin. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Konstantinopel meldet, deckte die Polizei ein verbrecherisches Komplott auf, an dem drei Armenier und ein Türke beteiligt waren. Als diese in einem Hause in Pera festgenommen werden sollten, leisteten sie bewaffneten Widerstand. Ein Polizeibeamter wurde getötet und zwei verletzt, ein Armenier wurde getötet und die anderen Verschwörer verletzt und gefangen genommen.

Massenhinrichtung mexikanischer Banditen

London. Nach einer Reutermeldung aus Neuyork sind bei Nogales in Mexiko 38 Banditen längs der Eisenbahnlinie an Telegraphenstangen und Bäumen aufgehängt worden. Man nimmt an, daß es sich um Eisenbahnräuber handelt.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

48)

Um Wagenspuren auf der Landstraße zu erkennen, war es hell genug, aber es dauerte lange, bis sie die Spur des kleinen Zweisitzers fanden, der Jackson Crayley nach seinem alleinstehenden Heim brachte. Der Wagen war in einem kleinen Wäldchen, ungefähr hundert Yards vom Landhause entfernt, versteckt, und der Staubmantel, den Crayley auf der Fahrt getragen hatte, lag noch auf dem Sitz.

„Es wundert mich, wie er hierhergekommen ist," sagte der Wetter. „Und noch mehr wundert es mich, wie er entronnen ist."

„Sie werden selbstverständlich einen Haftbefehl gegen ihn beantragen?" fragte der Berkshire-Mann.

„Ja—a!" versetzte der Wetter. „Gegen ihn konnte ich jederzeit einen Haftbefehl haben, aber ich war verflucht unsicher, ob seine Verhaftung uns irgendwie geholfen hätte."

Er kannte Jackson Crayleys Gewohnheiten nur zu genau, um zu wissen, wie sehr er diese Nachtfahrt haßte, denn was er auch sonst war, er war körperlich träge, etwas dumm und, wie der Wetter glaubte, trotz seiner Dummheit gutherzig. Er empfand eine Art Bewunderung für diesen Schwächling, der unbekannten Gefahren entgegentrat, um dem Mädchen zu helfen.

Wo aber war Jackson Crayley? Er war der Schlüssel zur ganzen Sache, das schwache Glied in der starken Kette dieser Bande des Schreckens.

Der Wetter trat auf den Landungssteg vor dem Hause und betrachtete schweigend den Himmel, der sich nach und nach aufhellte. Die Wasser rollten geheimnisvoll, und er schaute in die Dämmerung. Die Bäume zeichneten sich schwarz gegen den Himmel ab. Da erblickte er unter ihren Aesten einen langsam hin- und herschwebenden, anscheinend abgebrochenen Zweig. Er machte den Berkshire-Mann darauf aufmerksam.

„Lassen Sie keinen Ihrer Leute unter jenen Baum gehen, denn er könnte verletzt werden!" sagte er. „Man sollte den Ast abschneiden."

Seine Aufmerksamkeit wurde von etwas anderem angezogen. Als er nochmals auf den Baum schaute, war es schon heller geworden, und er konnte mit seinen scharfen Augen den abgebrochenen Zweig deutlich erkennen. Er stieß einen Ausruf aus und rief die Barkasse heran. Langsam fuhr er stromaufwärts zum schaukelnden Gegenstand. Es war der Körper eines Mannes im Smoking. Seine Hände waren auf dem Rücken zusammengebunden, und über das beschmutzte, weiße Hemd stand mit roten Buchstaben geschrieben: „Sorroeder!"

„Was, zum Teufel, bedeutet das?" fragte der Berkshire-Mann.

Der Wetter Long antwortete nicht. Seine dänischen Kenntnisse waren nur gering, aber er wußte, was „Sorroeder" bedeutete: „Verräter!"

29.

„Theatralische Mache" berichtete der Wetter dem Obersten Macfarlane. „Der arme Kerl war tot, bevor sie ihn hängten. Der Arzt sagt, daß er mitten ins Herz geschossen worden war."

„Sind diese Leute Dänen?"

Der Wetter schüttelte den Kopf.

„No, Sire, ihre genaue Nationalität habe ich noch nicht feststellen können. Aus bestimmten Gründen nehme ich an, daß einige von ihnen in Dänemark erzogen worden sind. Habe ich Ihnen jemals das gezeigt?"

Der Wetter Long zog aus seiner Tasche eine kleine Karte hervor, auf der eine Anzahl Daten standen:

1. Juni 1854 J. X. T. L.
6. Sept. 1862
9. Febr. 1886
11. März 1892
4. Sept. 1896
12. Sept. 1898
30. Aug. 1901
18. Juli 1923
1. Aug. 1924
16. Aug.

„Ja, ich habe es gesehen."

Der Polizeikommissar, der sehr genau vorging, zählte die Daten.

„Aber, da ist ein Datum mehr darauf als früher," sagte er, und des Wetters Lächeln verriet wahre Freude.

„Ist auch erst kürzlich hinzugefügt worden, und zwar vor zwei Tagen."

„Der 1. August war selbstverständlich für Monkford," bemerkte der Oberst nachdenklich. „Soll ich verstehen, daß der 16. August . . .?"

„Für meine Wenigkeit ist," unterbrach ihn der Wetter freudig. „Ja, sie haben beschlossen, mich zur großen Armee zu versetzen, und sie wählten dazu den 16. August. Ich habe also ungefähr noch eine Woche zu leben. Einesteils freut mich das."

Der Oberst starrte ihn an.

„Sind Sie des Lebens müde?"

„Ja, ich bin eines solchen Lebens müde," gab der Wetter zu. „Sie erinnern sich, Oberst, bemerkt zu haben, daß es rätselhaft sei, warum Clay Shelton niemals meinen Vater gegriffen habe."

„Ja, ich erinnere mich. Haben Sie mit Ihrem Vater darüber gesprochen?"

Der Wetter nickte.

„Und ich werde heute nochmals mit ihm darüber sprechen," sagte er, und seine Stimme hatte einen seltsamen Klang, der den Obersten Macfarlane stutzen ließ.

„Sie stehen doch mit Ihrem Vater auf gutem Fuße?"

„Es könnte nicht besser sein. Aber mein alter Herr hat mich in letzter Zeit geärgert, und es wird Zeit, daß ich mit ihm abrechne."

Er sprach aber nicht darüber, daß der Aerger, der mehr oder weniger Einbildung war, nur durch Sir Godleys wiederholte Versuche hervorgerufen wurde, ihn aus seiner Polizeilaufbahn herauszureißen. Als er an diesem Morgen in die Stadt zurückgekehrt war, fand er einen Brief von seinem Vater vor, und dieser Brief hatte seine Handlungsweise bestimmt.

Er ging, wie er es schon öfter getan hatte, von Scotland Yard nach Berkeley Square, und Sir Godley, der sich gerade für ein Gartenfest umkleidete, bat ihn, in sein Zimmer zu kommen.

„Hast du meinen Brief verdaut?" fragte er.

„Deine Briefe", sagte der Wetter, indem er sich in den bequemsten Stuhl des Zimmers setzte, „sind so unverdaulich, daß sie mich krank machen."

„Oha!" stieß Sir Godley hervor, indem er an seiner Krawatte herumzog.

„Kannst du dich erinnern, daß ich dir einmal sagte, es wäre doch sehr seltsam, daß Clay Shelton dich niemals gegriffen habe?"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Vor der Auflösung?

Wojewode Grazynski weilte in diesen Tagen in Warschau. Wichtige oberschlesische Probleme sollen es gewesen sein, über die er mit der Zentralregierung konferierte, so u. a. der der Lohnfrage in der Schwerindustrie. Doch auch über die eventuelle Auflösung von oberschlesischen Stadt- und Gemeindeparlamenten ist im Innenministerium beraten worden, insbesondere über die des Kattowitzer Stadtparlaments, wie die „Polonia" erfahren haben will. Allerdings soll bis jetzt eine definitive Entscheidung noch nicht gefallen sein.

Damit wird unsere bereits mehrmals vertretene Ansicht, die kommissarischen Verwaltungen stehen in Sicht, bestätigt und auch die, daß die in den verschiedenen Stadtparlamenten hervorgerufenen Konflikte, wie im Myslowitzer, Königshütter und Kattowitzer, für die wir die polnischen Fraktionen in erster Linie verantwortlich machen mußten, lediglich inszeniert, herbeigeführt wurden, um einer Auflösung die Grundlage zu geben. Allerdings müssen wir hier betonen, daß auch die Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft in den genannten Parlamenten nicht immer eine glückliche Hand hatten und Gelegenheiten dem polnischen Block boten, provokatorisch aufzutreten. Jedoch war das nicht ausschlaggebend gewesen, da die Absicht einer eventuellen Auflösung schon vorhanden, als kaum das Ergebnis der Komunalwahlen bekannt war. Bereits damals wies die polnische Presse schon darauf hin und sie, wie alle politischen polnischen Parteien setzten sich geschlossen für das bekannte Gesetz ein, welches den Wojewoden zur Auflösung und Einsetzung von kommissarischen Verwaltungen ermächtigt. Und besonders charakteristisch ist es, wenn in der Folge nach der Konstituierung der Parlamente, in den Sitzungen bei gegebenen gegenseitigen Auseinandersetzungen unverblümt im polnischen Block auf dieses Ermächtigungsgesetz hingewiesen wurde, beispielsweise in Königshütte, Myslowitz usw. Und nicht nur das, auch in öffentlichen Versammlungen des Westmarkenvereins wird für die Auflösung offen Propaganda gemacht. Wie am Mittwoch in Königshütte, wo wegen der Wahl der Geschäftsführerin des Deutschen Volksbundes, Bezirksvereinigung Königshütte, des Fräulein Ernst, der Westmarkenverein eine Demonstrationsversammlung einberufen hatte, in der die Behörde durch eine Resolution aufgefordert wird, wegen der Wahl das Stadtparlament sofort aufzulösen und eine kommissarische Verwaltung einzusetzen.

In der nächsten Zeit kann also damit gerechnet werden, daß der Wojewode zum ersten Male von dem Ermächtigungsgesetz Gebrauch macht und höchstwahrscheinlich als erstes Parlament das Kattowitzer nach Hause schickt und diesem dürften allmählich andere folgen. Von welchem Standpunkte aus dann kommunale Politik getrieben wird, liegt offen und es erübrigt sich, vorderhand näher auf sie einzugehen. Daß selbstverständlich eine noch viel stärkere Benachteiligung des deutschen Bevölkerungsteiles eintreten wird, daran ist nicht zu zweifeln. Aber wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß die kommissarischen Verwaltungen auf die Dauer wohl kaum geeignet sein werden, innerhalb der polnischen Parteien Befriedigung auszulösen, im Gegenteil, die Gegensätze, die heute mühsam überbrückt werden, dürften dann erst recht sich verschärfen, denn eines der traurigsten Kapitel innerhalb des sogenannten Einheitsblockes, die stark grassierende Futterkrippenpolitik, wird dann bestimmt zur vollsten Blüte ausschlagen und Folgen haben, die sich heute noch nicht übersehen lassen.

Aufwertung der Hypotheken der Westpreußischen Landschaft

Ueber die Aufwertung der Hypotheken der Westpreußischen Landschaft, bezw. der Neuen Westpreußischen Landschaft, schweben Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung. Aus diesem Anlaß veröffentlicht der polnische Finanzminister folgende Bekanntmachung:

„Das Finanzministerium teilt mit, daß die Angelegenheiten der Vermögen und Schulden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Tätigkeitsbereich von der neuen Grenze durchschnitten wurde, von dem Programm der polnisch-deutschen Verhandnlungen umfaßt werden, und daß sie auf internationalem Wege geregelt werden sollen. Es sind daher vor der vertraglichen Regelung dieser Angelegenheiten sämtliche Schuldentilgungen zu unterlassen, die auf polnischer Seite zugunsten der Marienwerderschen Direktion hypothekarisch gesichert sind. Schuldner, die dies außer acht lassen, setzen sich der Gefahr aus, daß ihre Abzahlungen nicht als gültig anerkannt werden."

Wer bekommt die Ausgleichszulage?

Die Gewerkschaften haben bei ihrer letzten Lohnverhandlung in den Eisen-, Mettalhütten und auch weiter verarbeitenden Industrie ausdrücklich einen Lohnausgleich verlangt, der für die nicht im Akkord beschäftigten Arbeiter bestimmt war. Der Zweck geht daraus hervor, man wollte die niedrigen Verdienste den den höheren etwas näher bringen, damit die täglichen Verdienste nicht so stark voneinander sich trennen. Die Arbeitgeber operieren bekanntlich gegenüber der Regierung mit Durchschnittslöhnen und so ist es klar, daß durch den Lohnausgleich man die schlechten Löhne aufbessern wollte, um so an den Durchschnitt näher heranzukommen. Diese Ausgleichslöhne hat allerdings der Arbeitgeber so ausgelegt, daß sie neben dem Tariflohn als ein besonderer Lohnzuschlag geführt werden. Das ist erst einmal nicht das, was die Gewerkschaften verfolgten und zweitens stellt es sich heute bereits heraus, daß praktisch die einzelnen Verwaltungen mit dieser Auslegung nicht einverstanden sind. Eine Unmenge von verschiedenen geführten Löhnen werden heute bereits in den Lohnbüchern eingetragen, hinzu noch der besondere Zuschlag verrechnet, ergibt praktisch eine Mehrheit, die in keiner Weise auf Nationalisierung Anspruch haben kann. Diese Reorganisation der Ausgleichszulage durch den Arbeitgeber, hätte zu einer völligen Unzufriedenheit. Es bleibt nur der Ausweg übrig, daß der Arbeitgeber bei der nächsten Sitzung des Fachausschusses mit den Gewerkschaften diese Ausgleichszulage dahin reorganisiert, daß diese in den Stundenlohn hineingerechnet wird. Für die Akkordberechnung laut Gruppen- und Stückakkordabkommen bleibt dann als Grundbasis die Lohntabelle exklusive des Ausgleichszuschlages.

Jetzt wollen wir grundsätzlich feststellen, wer das Recht zur Ausgleichszulage besitzt. Wir haben bei der Betrachtung über Akkord, uns streng nach den Verträgen, das heißt den Gruppen- und Stückakkordabkommens zu halten. Es nicht denkbar, wenn von seiten der Arbeitgebers die Gewerkschaften verpflichtet sind, streng nach dem Abkommen zu handeln, dagegen sie selbst stillschweigend verschiedene unglückliche Sonderabkommen in den einzelnen Abteilungen schaffen, Aus diesem festen Umriß kann also nur derjenige Akkordarbeiter von der Ausgleichszulage ausgeschaltet werden, der von beiden Akkordabkommen erfaßt wird. Alle übrigen Arbeiter müssen, wenn man dem Zweck des Lohnausgleichs nachkommen will diesen Lohnausgleich erhalten.

Der Arbeitgeber stellt sich auf den Standpunkt, daß wenn irgendwo in einer Abteilung eine besondere Prämie ausgeworfen wird, die den Zweck hatte, den Arbeiter etwas schärfer für seine Arbeit zu interessieren, daß der Ausgleich nicht gezahlt werden kann. Wie haben einige Beispiele wo man heute noch an dem veralterten Sammelakkord festhält, z. B. Rütgerswerke, wo die Arbeiter auf Grund irgendeiner unzulässigen Vereinbarung eine Prämie bekommen wie es die Verwaltung selbst sagt. Diese Prämie aus diesem Sammelakkord beträgt aber monatlich mitunter nur 9 Zloty. Diese Leute sollen nicht in den Genuß der Ausgleichszulage gelangen. Wir haben weiterhin Betriebe wie die O. E. W., wo ein konstanter Akkord den Arbeitern 30 bis 40 Prozent Mehrverdienst garantiert. Ein Verdienst darüber, oder darunter wäre nur möglich, wenn außergewöhnliche Momente im Betriebe sich einstellen würden. Diese wenigen Beispiele sind das beste Zeichen dafür wie der Arbeitgeber durch derartige Sonderabkommen den Arbeiter im Mehrverdienst hindert. Die Behauptung des Arbeitgebers, daß alle diese und viele anderen Sonderabkommen unter Gruppen bezw. Stückakkorde fallen (sonst würde jeder andere Vertrag tarifmäßig sein) ist eine leere Ausrede und keiner der Arbeiter braucht es sich gefallen lassen, in seinem Mehrverdienst geschädigt zu sein, weil in unserem Gruppen- bezw. Stückakkordabkommen gleich vorn unter Absatz 2 die Grundlage des Akkordabkommens festgelegt ist. Nach dieser Grundlage müssen die Akkordrichtlöhne für den Aufbau betragen und zwar: in den Mindestfällen Lohn plus 40 Prozent als Akkordlohn. In den meisten Fällen reichen diese Prämien und Scheinakkorde nicht einmal an diese Akkordrichtlöhne heran. Ferner liegt auch keine Logik in einem derartigen Verhalten, weil der nicht im Akkord bezw. nicht Prämiensystem bezahlte A-Mann einen Schichtlohn 6,10 Zl. plus 40 Prozent plus 1 Zl. = 9,54 Zloty erhält, während der Arbeiter im Prämien- oder Scheinakkordsystem, wo es sich darum handelt ihn nur intensiver an der Arbeitsstelle zu halten, im höchsten Falle 6,10 Zloty plus einem fixierten Prozentsatz 8,30 Zloty verdient. Der Zweck des Lohnausgleichs bleibt also nach wie vor, daß der Arbeiter den bisherigen Lohn plus Prozente aus dem Absatz 8 des Gruppenakkordabkommens plus Lohnausgleich erhält, der nicht dem Gruppenakkordabkommen unterliegende Arbeiter Lohn plus fixierten Prozentsatz aus einem Abkommen X plus Lohnausgleich. In beiden Fällen bleibt die erste Zulage, weil sie mehr konstant ist, unberührt. Wollen wir auf die Einbeziehung der Ausgleichszulagen in den Tariflohn hinweisen, so würde sich dieser Streitfall von selbst lösen, weil die Lohntabelle vom 1. Dezember 1926 oder besser gesagt Lohntabelle exklusive Ausgleichzulage ja nur bei der Berechnung derjenigen Arbeiter angewendet werden kann, die laut Gruppen- und Stückakkordabkommen als im Akkord arbeitende Arbeiter betrachtet werden können.

Nur auf dieser Grundlage kann eine grundlegende Reorganisation unserer Löhne erfolgen. Die heutig so verschiedenartige Bezahlung bringt mit ihr anarchistische Tendenzen mit sich und es wäre verfehlt, den oberschlesischen Arbeiter ohne Grund zu provozieren.

Kattowitz und Umgebung

Wünsche der Kattowitzer Arbeitslosen

Gut besucht war die Versammlung, welche seitens der Arbeitslosen-Organisation für die Erwerbslosen von Groß-Kattowitz in der Reichshalle abgehalten wurde. — Ueber die allgemeine Notlage der Erwerbslosen sowie Mittel und Wege zwecks Schaffung von Erleichterungen wurde in den einzelnen Referaten gesprochen. In der Hauptsache sprach man sich für die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages aus, um durch verkürzte Arbeitszeit und Einführung einer dritten Schicht Hunderten von Notleidenden, welche auf die Straße gesetzt wurden, durch Wiedereinstellung eine Beschäftigung zu geben. Bei jeder Arbeitszuweisung sollen in erster Linie die alten Beamten und Arbeiter bei der jeweiligen Werks- und Hüttenanlage wieder eingestellt werden und keine Bevorzugung jüngerer Kräfte erfolgen, denen eine geringere Entlohnung angeboten wird.

Die notwendigen Schritte werden seitens der Arbeitslosen-Organisation unternommen, um eine Zulassung der Arbeitslosen-Vertreter zu den Sitzungen und Kongressen der Arbeitsgemeinschaft zu erwirken.

Bezüglich der Belieferung mit Naturalien wurden verschiedene Wünsche geäußert. Zunächst soll die Anlieferung der Winterkartoffeln möglichst bald und zwar vor Eintreten des Frostwetters erfolgen. Bei der Kartoffelverteilung erwünscht man die Heranziehung von Vertretern der Arbeitslosen-Organisation, damit vor allem die bedürftigsten Personen bedacht werden. Das Kartoffelquantum soll pro Person von 2 auf 3, die Kohle für jede Erwerbslosenfamilie von 20 auf 25 Zentner erhöht werden. Erwünscht ist kostenlose Anfuhr von Kohle und Kartoffeln ins Haus.

Gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Unterstützungssätze nach dem Erwerbslosenfürsorgegesetz vom 18. Juli 1924, welche in höheren Beträgen zur Auszahlung gelangen, als das Gesetz angeblich vorsieht, wurde protestiert und zwar im Hinblick auf die überaus große Notlage der Beschäftigungslosen in der Wojewodschaft Schlesien.

In einem besonderen Referat wurde alsdann über Organisationsfragen, sowie die Aufgaben der Arbeitslosen-Organisation näheres ausgeführt. In der freien Aussprache wurden weitere Wünsche eingebracht sowie über verschiedene Mängel in der Gesetzgebung geklagt. Es sollen auch die Rentenempfänger, welche mitunter äußerst geringe Beihilfen erhalten, von der Erwerbslosenfürsorge erfaßt werden. Eine Arbeitslosenunterstützung müßte als prozentualer Ausgleich je nach der Höhe der Rente gezahlt werden.

Nachdem alle Forderungen in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, welche einstimmig angenommen wurden, wählte die Versammlung einen provisorischen Vorstand für das Kattowitzer Komitee. Die Mitglieder des Vorstandes werden beauftragt, als Delegierte für die Interessen der Beschäftigungslosen an amtlicher Stelle einzutreten. Wegen Aufrechterhaltung der sozialen Versicherungsansprüche soll beim Versicherungsamt in Königshütte, dagegen bei der Wojewodschaft zwecks Gewährung von Weihnachtsbeihilfen interveniert werden. Auch beim Magistrat Kattowitz will man vorstellig werden, damit verschiedene projektierte Bauten rasch in Angriff genommen und weitere Arbeitslose dabei beschäftigt werden.

Theatergemeinde Kattowitz. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß heute Freitag, den 16., abends ½8 Uhr, im hiesigen Stadttheater ein Vortragsabend von Irene Triesch vom Deutschen Theater Berlin stattfindet. Die Presse schreibt: „Die Musik ihres warmen, samtweichen Organs, ihr Vermögen, die Rede zu gliedern, ihr Gefühlsreichtum und ihre Fähigkeit plastischer Gestaltung, machen diesen Abend zu einem Genuß und zu einem tiefgreifenden Erlebnis." — Die Abendkasse wird um 6½ Uhr geöffnet. An der Abendkasse werden Schülerkarten zu ermäßigten Preisen verausgabt.

Hilfskomitee für die Ueberschwemmungsgeschädigten. Im Saale des Kreisausschusses in Kattowitz fand gestern eine Versammlung statt, in der ein Hilfskomitee der Wojewodschaft Schlesien für die Ueberschwemmungsgeschädigten gegründet wurde.

Die Zeit der Fleischvergiftungen. Die in den letzten Tagen und Wochen gemeldeten Fälle von Fleischvergiftungen geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß der Fleischgenuß in der jetzigen Jahreszeit gewisse Gefahren in sich birgt. Das Fleisch bietet als solches für Fäulnisstoffe stets einen guten Nährboden, ganz besonders ist dies aber in der warmen Jahreszeit der Fall. Die Durchsetzung des Fleisches mit Fäulnisbakterien gibt sich durch den Geruch kund. Erkrankungen lassen sich in solchem Falle vermeiden, wenn man den Genuß derartigen Fleisches vermeidet. Häufig ist aber auch anscheinend einwandfreies und nicht riechendes Fleisch geeignet, Krankheiten bezw. Vergiftungen hervorzurufen. Das gilt besonders von rohem Schabefleisch, Hackepeter usw., denn beim Hacken und Wiegen quillt aus den zerrissenen Zellwänden und Fasern Saft heraus und in dem nunmehr eiweiß-, salz- und wasserreichen Gewebe finden unter dem Einfluß der Wärme krankheitsverursachende Bakterien einen vorzüglichen Nährboden. Nach dem Verzehren derart infizierten Fleisches wird der Körper häufig von den sogenannten Paratyphusbazillen geradezu überschwemmt und dadurch eine schwere, fieberhafte, dem Typhus ähnliche Krankheit hervorgerufen. Da es gewöhnlich nicht möglich ist, an Farbe oder Aussehen des Fleisches zu erkennen, ob es giftige Keime enthält, so empfiehlt es sich, in der warmen Jahreszeit den Genuß rohen oder halbgaren Fleisches ganz zu unterlassen. Unschädlich hingegen ist gut durchgekochtes oder durchgebratenes Fleisch, aber auch nur dann, wenn es bald nach der Zubereitung gegessen wird. — Fischfleisch birgt ähnliche Gefahren in sich. Indessen wird sich hier eine Vergiftung vor allen Dingen dadurch vermeiden lassen, daß man den Fisch möglichst lebend einkauft, erst kurz vor der Zubereitung tötet und alsbald verzehrt.

Unglücksfall. Während einer Auseinandersetzung mit seiner Frau durchschnitt sich ein gewisser Valentin R. aus Kattowitz die Ader seiner rechten Hand an einer Scheibe. R. wurde sogleich ins städtische Krankenhaus eingeliefert, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Königshütte und Umgebung

Mütterberatung und Säuglingsfürsorge in Königshütte

Im Jahre 1918 wurde durch den verstorbenen zweiten Bürgermeister Gahlemann in Königshütte eine Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle geschaffen, und zwar im städtischen Gebäude an der Beuthener Straße 11. Zu ihrer Unterbringung standen zwei Räume zur Verfügung. Der eine diente als Warteraum und faßte etwa 30 Personen; der andere Raum war für den Arzt bestimmt. Die Sprechstunden für die Mütter und Säuglinge waren zweimal in der Woche angesetzt, jeden Dienstag und Freitag für den nördlichen Stadtteil, jeden Montag und Donnerstag für den südlichen Stadtteil in der Zeit von 1—2 Uhr. Die Aerzte Dr. Kaiser und Dr. Spyra belehrten die Mütter über die Ernährung der Säuglinge durch Selbststillung oder Zugabe von Milchmischung oder reiner Milch. Zu diesem Zweck wurde in der Markthalle eine Milchküche unter Leitung einer ausgebildeten Schwester eröffnet. Den Aerzten standen drei Schwestern zur Seite, und zwar eine Schwester vom Herz-Jesu-Kloster und eine vom Waisenhaus an der Peterstraße. Außerdem halfen freiwillig junge Damen, Töchter hiesiger Bürger. Die Mütterberatungsstelle wurde von Anfang an sehr stark in Anspruch genommen und ihre wichtige Bedeutung erkannt. Die vier Sprechstunden besuchten etwa 50—60 Patienten.

Da im Jahre 1924 diese Räume zu anderen Zwecken benutzt werden mußten, so wurde die Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle geteilt. Für den nördlichen Stadtteil wurde sie im Waisenhaus an der Peterstraße 26 (ulica Piotra) und für den südlichen Stadtteil im städtischen Krankenhause untergebracht, wo sie sich auch bis zum heutigen Tage noch befinden und in den vorerst genannten Sprechstunden für die Patienten offen stehen. Nunmehr sind auch die Hilfskräfte erhöht, indem dem Arzt je zwei Schwestern im nördlichen Stadtteil, zwei Borromäerinnen, und im südlichen zwei Vinzenterinnen zur Seite stehen. Die Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle im südlichen Stadtteil hat ab 1. Januar 1927 Dr. Urbanowicz übernommen, die nördliche steht weiter unter Leitung von Dr. Spyra.

In der nördlichen Beratungsstelle beanspruchten im Monat Januar d. J. 143 Kinder, davon im Alter bis zu 6 Monaten 72, von 6—12 Monaten 47, von 1—2 Jahren 24 ärztlichen Rat. Besuche in der Wohnung waren 126 zu verzeichnen; durch den Arzt wurden 171 Kinder untersucht. Im Monat Februar wurde in 270 Fällen Rat erteilt, davon waren Kinder bis 6 Monate 108, von 6—12 Monaten 65, und von 1—2 Jahren 37. Besuche in der Wohnung waren 113 und durch den Arzt wurden 183 Kinder untersucht. Diese Ziffern steigern sich von Monat zu Monat, bis dann im Monat Juli die Beratung die Ziffer von 383, davon Kinder bis 6 Monate 211, von 6 bis 12 Mo-

Börsenkurse vom 16. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.87 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.25 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.87 Rmk.

naten 73 und 1 bis 2 Jahren 99,Besuche in der Wohnung 130, vom Arzt untersuchte Kinder 246 aufweist.

Weit höhere Ziffern zeigt der südliche Stadtteil. Nicht etwa deswegen, weil vielleicht im südlichen Stadtteil mehr Kinder geboren werden, sondern nur deshalb, weil die Bevölkerung des südlichen Stadtteils der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle mehr Interesse entgegenbringt, als es im nördlichen Stadtteil der Fall ist.

Es wäre wünschenswert, wenn die kinderreichen Familien des nördlichen Stadtteils sich dieser Einrichtung mehr als bis jetzt bedienen möchten. Folgende Zahlen des südlichen Stadtteils belegen die obige Behauptung:

Im Monat Januar wurde Beratung an 159 Personen erteilt, davon an Kinder bis 6 Monate 98, von 6—12 Monaten 48, von 1—2 Jahren 15. Besuche in der Wohnung wurden 89 abgestattet; vom Arzt wurden 89 Kinder untersucht. Merklich stiegen die Besuche in der Wohnung auf 235 bei Kindern bis 6 Monaten auf 147, von 6 bis 12 Monaten auf 70, von 1 bis 2 Jahren auf 22, die Besuche in der Wohnung auf 110 und die ärztliche Untersuchung auf 182.

Den Durchschnitt für das ganze Jahr gibt ungefähr der Monat April, der 384 Beratungen bringt, davon Kinder bis 6 Monate 179, von 6—12 Monaten 141, von 1—2 Jahren 71, Besuche in der Wohnung 150, ärztliche Untersuchungen 205.

Im Großen und Ganzen ersieht man aus alldem, daß die Bevölkerung aus der Einrichtung der Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle recht guten und auch nutzbringenden Gebrauch macht. Es wäre nur zu wünschen, daß sie sich der erwünschten Frequenz auch in Zukunft erfreuen möge. Wohl hat ja die Sterblichkeit der Säuglinge im Verhältnis zu den Zeiten des Krieges nachgelassen, doch die Statistiken der Standesämter besagen immer noch, daß man dieser Sterblichkeit jetzt mehr wie je das Augenmerk schenken müsse.

Vereidigung der Beisitzer zum Gewerbegericht. Nachdem der Magistrat die Beisitzer der Arbeitgeber bereits ernannt hat, findet am Sonnabend, den 17. September, vormittags 9 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale die Vereidigung sämtlicher Beisitzer zum Gewerbegericht Königshütte statt.

Hebammen gesucht. Für die Pflege der Wöchnerinnen und Kinder benötigt das städtische Krankenhaus Königshütte zwei Hebammen, die sich gegenseitig monatlich ablösen. Nähere Auskunft über die Bedingungen des Kontraktes erteilt die Lazarettverwaltung des städtischen Krankenhauses während den Dienststunden. Bewerbungen müssen bis zum 20. September d. Js. an die Administration des städtischen Krankenhauses in Königshütte eingereicht werden. Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung.

Ein äußerst gefährliches Spiel, das leicht unübersehbare Folgen nach sich ziehen kann, leisten sich Straßenbahn und Omnibus. So werden vornehmlich in der unteren Beuthenerstraße zwischen beiden Verkehrsmitteln wahre Rennfahrten veranstaltet, wobei die Sicherheit der Passagiere ganz und gar außer acht gelassen wird. Die Hauptschuld hierbei tragen wohl in erster Linie die Chauffeure der Omnibusse, die unberücksichtigt auf die Kleinbahn ihre Fahrtrichtung längs der Straßenbahnlinien nehmen, während auf der anderen Seite die Führer der letzteren im Augenblick des gleichen Zieles einen regelrechten Konkurrenzkampf eröffnen. So konnte schon vielfach beobachtet werden, daß beide Gefährte in Abständen von einem halben Meter in rasendem Tempo die immerhin ziemlich stark belebte Straße heruntersausen. Wie leichtsinnig eine solche Fahrerei ist, wird jeder ermessen, der die nicht ganz sichere Beschaffenheit der Omnibusse kennt, bei denen sich naturgemäß viel eher, allein mit Rücksicht auf ihre Bereifung, ein Unfall ereignen kann, der im Moment einer gegenseitigen Jagd in seinen Folgen unübersehbar wäre. Einem derartigen Unglück zu steuern, mögen diese Zeilen dienen. Vor allem bedarf jeder Führer eines Gefährtes freien Ausblick, um alles übersehen zu können, was sich auf der Strecke ereignet. Und schließlich muß nicht zuletzt auch Rücksicht genommen werden auf die Fußgänger, die hin und wieder ebenfalls die Straße betreten müssen. Möge die Leitung der Omnibusgesellschaft im eigenen Interesse ihren Angestellten diesbezügliche Weisungen erteilen.

Stempelmarkendiebstahl. Auf unaufgeklärte Weise wurden gestern aus dem Geschäft von Franz Moj an der ulica Wolnosci 47 (Kaiserstraße) Stempelmarken im Werte von 400 Zloty gestohlen.

Siemianowitz

Unterstützungen. An die Arbeitslosen und Invaliden werden seit Montag Kartoffelzuweisungen ausgeschrieben. Während sich die Altersrentner besonders melden müssen, erfolgt die Eintragung der Arbeitslosen beim Empfang der Unterstützung. — Bei der Starostei ist die Verfügung betreffend arbeitslose Kopfarbeiter bereits eingelaufen. Danach wird die Unterstützungsdauer von 13 bezw. 17 auf 26 Wochen verlängert.

Diebstähle. Kaum daß mit den Vorarbeiten für die projektierten 35 Arbeiterwohnhäuser an der Myslowitzer Chaussee begonnen worden ist, setzte auch eine umfangreiche Diebestätigkeit ein. Es gelang der hiesigen Polizei 22 Personen zur Anzeige zu bringen, welche 150 Meter Bretterzaun der Umfriedigung stahlen. — In ein Zuckerwarengeschäft brachen 4 junge Burschen im Alter von 14—15 Jahren ein und entwendeten Bonbons usw. im Werte von 50 Zloty. Der Polizei gelang es, die jugendlichen Einbrecher namhaft festzustellen.

Myslowitz

Eine wohlverdiente Ohrfeige.

Am vergangenen Mittwoch weilte auf dem Myslowitzer Bauamte im Magistrat eine Abordnung der Arbeiter, die bei der Abtragung der Halde in Städtisch-Janow beschäftigt sind. Die Abordnung wollte erfahren, ob der Magistrat zu den gestellten Forderungen der Arbeiter bereits Stellung genommen hat. Im Zimmer selbst befand sich ein Fräulein, an das sich der Sprecher der Abordnung wandte. Hinzukam ein junger Bürobeamter K. und forschte in einem barschen Ton die Arbeiter an, daß sie zehn Stunden arbeiten sollen. Einer von den Arbeitern versetzte dem jungen Burschen eine Ohrfeige und als K. weiterhin den Mund vollnahm, hätte er bald eine zweite bekommen, wenn er sich nicht rechtzeitig aus dem Staube gemacht hätte. Das war recht so, weil junge Leute lernen sollen, nicht aber arme Arbeiter anschnauzen, die nach ihren Rechten sehen. Im Myslowitzer Magistrat hat man überhaupt die Arbeitslosen schlecht behandelt, sie mit ihrem Anliegen vor die Tür gewiesen. Das haben die jungen Büroangestellten gesehen und machen es den Herren Radcas nach. Sie schnauzten im militärischen Tone die Arbeiter an, bis es den Arbeitern zu viel des guten wurde. Im Arbeitsvermittlungsamt im Magistrat befinden sich zwei solche schneidige Herren, nämlich die Herren C. und R., die die Arbeiter sehr schlecht behandeln und wiederholt Anlaß zu Beschwerden gaben. Wir wollen die Namen dieser Herren vorläufig noch nicht nennen, weil wir hoffen, daß sie sich noch bessern werden. Junge Leute machen oft Dummheiten, und wenn man sie darauf aufmerksam macht, dann bessern sie sich, wenn sie noch nicht ganz verdorben sind. Das wollen wir von den Beiden, C. und R. annehmen und wollen ihnen dazu Gelegenheit bieten. Gleichzeitig machen wir den Magistrat auf das ungebührliche Benehmen seiner Beamten den Arbeitern gegenüber aufmerksam. Die Armut und die Not bieten noch lange kein Recht zu einer schlechten Behandlung der Arbeiter. In dem Magistrat, sowohl in den höheren als auch den unteren Beamten, wollen wir Diener der Myslowitzer Bürger sehen, die sie erhalten müssen und nicht etwa Vorgesetzte, die das Recht haben, die Bürger anzuschnauzen. Möge das der Myslowitzer Magistrat beherzigen und die Beamten entsprechend instruieren.

Ein hölzerner Dachstuhl in der Rinderhalle. Der Myslowitzer Magistrat bemüht sich um eine weitere Anleihe in der Höhe von 1 200 000 Zloty bei der Bank Gospodarstwa Krajowego in Warschau. Die Wojewodschaft unterstützt die Bemühungen der Stadt. Für diese Anleihe hat sich der schlesische Wojewode Dr. Grazynski persönlich eingesetzt, der auf die baldige Inbetriebsetzung der Viehzentrale drängt. Diese neue Anleihe ist bereits abgemachte Sache. Sie soll insbesondere für die Fertigstellung der Rinder halle verwendet werden. Die Schweinehalle ist bekanntlich fertig. Sie ist ein prächtiger Betonbau, in welchem kein Stückchen Holz zur Anwendung gelangt ist. Im Gegensatz zur Schweinehalle soll die Rinderhalle einen hölzernen Dachstuhl erhalten. Die Vorarbeiten wurden bereits getroffen. Der Ausführer dieser Arbeiten soll der Baumeister Krolik aus Myslowitz werden. Wir erlauben uns, unsere Zweifel über die Zweckmäßigkeit eines hölzernen Dachstuhles auszusprechen. Man soll nicht vergessen, daß bei einem sehr großen Verkehr, der zweifellos in der neuen Viehzentrale zu erwarten ist, eine Feuersgefahr sehr leicht möglich ist.

Halbe Arbeit ist eine Pfuscherei. Die von Myslowitz in der Richtung Sosnowice führende Straße ist bereits zu einem Schmerzenskind der Stadt Myslowitz geworden. Sie ist immer schadhaft und immer wird an ihr herumgewurstelt. Der Magistrat kann sich aber nicht entschließen, dort gründliche Arbeit zu machen und die verkehrsreiche Straße gut auszupflastern. Gewöhnlich werden die tiefen Löcher zugestopft, die nach einem Monat wieder so tief werden wie sie vor ihrer Zustopfung waren. Vor zwei Monaten wurde endlich die ganze Straße von der Landstraße bis zur Radocha gesperrt und man hoffte, daß endlich ganze Arbeit geleistet wird. Der Verkehr nach Sosnowice wurde zwei Monate lang über die hölzerne Brücke über Modrzejow geleitet. Nun wurde eben die „neue Straße“ nach zwei Monaten dem Verkehr teilweise übergeben. Erstaunt fragen sich die Leute, warum wieder halbe Arbeit geleistet wurde. Die Teichstraße, die ebenfalls für den Verkehr der Fuhrwerke gesperrt war, ist unverändert geblieben. Sie ist an regnerischen Tagen im Herbst und im Frühjahr fast unpassierbar. Die armen Schulkinder waten im Dreck bis an die Knöchel. Die Fortsetzung der Teichstraße, hauptsächlich an der Stelle am jüdischen Friedhof, gleicht mehr einem Misthaufen als einer Straße. Jeder, der etwas zum Wegwerfen hat, kann es getrost dort wegwerfen, selbst wenn das krepierte Katzen und Hunde sind. Diese Stelle dort hinter dem jüdischen Friedhofe, die doch die Hauptstraße nach Sosnowice bildet, das ist ein wirklicher Skandal für Myslowitz. Sie gleicht wie ein Tropfen Wasser dem anderen, dem neuen Markt und der berühmten Entenstraße in Myslowitz. An dieser Stelle ragt dort die gewaltige Halde, die das Leben der dortigen Einwohner trostlos erscheinen läßt. Sonderbarerweise wurde die ganze Straße bis Radocha nur auf ihrer rechten Seite halbwegs hergestellt, während auf der linken Seite nur die Löcher zugeschüttet wurden. Hat es denn für die andere Hälfte nicht mehr gereicht? Eine solche Arbeit auf einer so verkehrsreichen Straße, wie diese, ist eine Geldvergeudung. Die Bürger brechen unter der Steuerlast förmlich zusammen, während der Magistrat durch eine unrationelle Wirtschaft das Geld zum Fenster hinauswirft.

Ein Karambol der Elektrischen mit einem Fuhrwerk. Auf der Beuthenerstraße stieß gestern ein Wagen der elektrischen Straßenbahn mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Fuhrmann wurde aus seinem Wagen hinausgeschleudert, erlitt aber glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Desgleichen erlitt das Pferd leichte Verletzungen an den Beinen. Der Wagen wurde stark zugerichtet und mußte mittels Fuhrwerk von der Straße weggeräumt werden. In der Elektrischen wurde bloß eine Fensterscheibe zertrümmert. Die Untersuchung wird erst ergeben müssen, wem die Schuld an dem Unglücksfall zuzumessen ist.

Naturkatastrophen

Immer um die Monate September-November herum erreichen uns Nachrichten von gewaltigen Naturkatastrophen, die sich auf der anderen Hälfte der Welt ereignet haben. Amerika und Japan sind es, die vorzugsweise von solchen Katastrophen erreicht werden. So auch jetzt. Fast gleichzeitig kommt sowohl aus Mexiko wie aus Japan die Nachricht, daß dort Tausende von Menschenleben dem furchtbaren Wüten des Wetters zum Opfer gefallen sind. In Mexiko hat eine Springflut in einer Ausdehnung von über 1000 Meilen ganze Städte zerstört, und in Japan ist ein Taifun über die Insel Kiushu hinweggebraust und hat dabei 1200 Menschen getötet.

Die Regelmäßigkeit, mit der solche Katastrophen hereinzubrechen pflegen, legt die Frage nach den Ursachen nahe. Letzte Klarheit hat auch die Meteorologie nicht erlangen können. Die Theorien, die man bislang darüber aufgestellt hat, sind noch nicht bis in die letzten Einzelheiten hinein hieb- und stichfest.

Die verheerende Kraft der Wirbelstürme — denn ein solcher hat die Springflut jetzt in Mexiko bewirkt und der Taifun in Japan ist auch ein Wirbelsturm — liegt viel weniger, so nimmt die Meteorologie an, in ihrer Windgeschwindigkeit, so groß diese oft auch ist, als in einer gewissen Saugwirkung, die den Wirbelstürmen innewohnt. Diese Saugwirkung wird dadurch ausgeübt, daß im Innern des Wirbels ein Vakuum, eine Art luftleerer Raum entsteht. Einen Beweis für diese Behauptung hat man in der Erscheinung, daß in solchen, von Wirbelstürmen verwüsteten Orten die Trümmer der Gebäude nicht in sich zusammengestürzt waren, sondern auf die Straße gefallen sind. Die Dächer werden von dem innerhalb der Häuser herrschenden höheren Luftdruck in die Höhe gehoben und die Fenster und Mauern fallen nach außen. Daher auch die Tatsache, daß alle Hilfeleistungsaktionen die Straßen durch die vielen Trümmer so versperrt finden, daß gar nicht die eigentlichen Unglücksstätten, wo Menschen vergraben liegen, finden können.

Die Wirbelstürme selbst erklärt man sich meteorologisch durch den Einbruch kalter Luft aus nördlicher oder nordwestlicher Richtung, der auf der nördlichen Halbkugel nach vorangegangener starker Erwärmung zur Entstehung solcher Wirbel mit ihrem luftleeren Kern führt. Wenn in dem Bereich der warmen leichteren Luft des äquatorialen Abschnitts die kalte schwere Luft der Polargegend eindringt — bekanntlich hat die Atmosphäre stets das Bestreben, in ihr vorhandene Druckunterschiede auszugleichen und ein vorhandenes Vakuum auszufüllen — dann wird das atmosphärische Gleichgewicht gestört und diese Störungen äußern sich in Gestalten von Wirbeln, die sich über größere oder kleinere Gebiete fortpflanzen, bis es zu einem Ausgleich der Luftdruckunterschiede gekommen ist. Die kalte Luft aus der Polargegend hebt die warme Luft vom Boden ab und der Ausgleich vollzieht sich umso rascher, je größer die Druck- und Temperaturunterschiede zwischen der warmen Vorderseite und der kalten Rückseite des Wirbels sind. Durch den raschen Aufstieg der warmen Luft und das schnelle Einströmen der kalten Luft entsteht dann ein Luftwirbel, in dem die Wolken bis zum Erdboden reichen. Der Wirbel gleicht einem riesigen schwarzen Schlauche, der Wolken und Erde zu verbinden scheint.

Die Schnelligkeit der Wirbelwinde ist sehr groß. Allerdings ist man nicht in der Lage, genaue Messungen zu machen, da die Gewalt des Sturmes jede Apparatur vernichtet. Bei dem großen Taifun in Manila im Jahre 1882 zeigte der Windmesser einige Sekunden, bevor er dem Orkan zum Opfer fiel, eine Windgeschwindigkeit von 54 Metern in der Sekunde, was eine Stundengeschwindigkeit von 194 Kilometer bedeutet.

Rybnik und Umgebung

Leute mit Geld. Wie unachtsam die Menschen mit ihren eigenen Sachen umgehen, beweist ein Vorfall, der sich kürzlich in Rybnik ereignet hat. Der Kaufmann S. aus Rybnik ließ sich von seiner Kontoristin nach einem Rybniker Konzertlokal die Geschäftsschlüssel und Kassengelder in einer Aktentasche nachbringen. Diese wurde ihm auch mit sämtlichem Inhalt ausgehändigt. Sorglos hängte nun der anscheinend sehr vertrauensselige Herr die Aktentasche, die 3000 Zloty in bar enthielt, auf einen Kleiderrechen. Selbstverständlich vergaß er auch bei seinem Weggang auf die kostbare Tasche. Als er am nächsten Morgen die Schlüssel zum Geschäft vermißte, kam ihm auch wieder die Erinnerung an die Tasche nebst dem Gelde wieder. Als er eilenden Schritts nach dem Lokal kam, hing wohl noch die Aktentasche auf ihrem Platz, das Geld hatte aber inzwischen seinen Weg in eine andere Tasche gefunden. Bisher sind alle Ermittelungen in dieser Angelegenheit ohne Resultat verlaufen.

Sportliches

B. A. C. Wien in Kattowitz.

Das Wiener Fußballwunder, der B. A. C. (Brigittenauer Athletic-Club) weilt am Sonnabend, den 17. September, in Kattowitz und spielt am Nachmittag 4½ Uhr gegen den 1. F. C. am 1.F.C.-Sportplatz. — Dem 1. F. C. ist es nach vielen Bemühungen ,und um dem Kattowitzer Publikum noch vor Schluß der guten Jahreszeit einen besonderen Genuß zu bereiten, gelungen, diese Mannschaft, welche am Sonntag gegen Cracovia in Krakau spielt, nach hier zu verpflichten. Dem B. A. C. geht ein guter Ruf voraus. Die Wiener Mannschaft zählt mit zu den besten und hat sich in den Meisterschaftsspielen in Wien den 2. Platz hinter „Admira“ erkämpft. Im Jahre 1926 aus der 2. Klasse in die Liga aufgerückt, fehlte ihr nur ein Punkt zur Meisterschaft von Oesterreich. Einen solchen Aufstieg mit Erfolg hat der Wiener Fußballsport noch nie erlebt und ist die Mannschaft daher unter dem Namen „Fußballwunder von Wien“ bekanntgeworden. Um den Sportinteressenten Gelegenheit zum rechtzeitigen Billettkauf zu geben, hat der 1. F. C. einen Vorverkauf eingerichtet. Eintrittskarten sind im Sportgeschäft J. Friemel, Katowice, ulica Dyrekcyjna, sowie in der Geschäftsstelle des 1. F. C., Zentralhotel, Zimmer Nr. 24, in der Zeit von 10—1 Uhr und von 3—6 Uhr zu haben.

Warschauer Arbeiterfußballer in Deutsch-Oberschlesien.

Zum erstenmal wird eine Warschauer Arbeiter-Fußballmannschaft gegen eine Arbeiter-Städteelf von Gleiwitz und Hindenburg spielen. Am Sonnabend spielen die Warschauer in Hindenburg und am Sonntag, den 18. September, in Gleiwitz. Beide Spiele steigen um 4 Uhr nachm. Anläßlich der Spiele ist in Deutsch-Oberschlesien Spielverbot. Es sind interessante Spiele zu erwarten, so daß sich der Besuch derselben lohnen wird.

„Ruch“ Bismarckhütte — „Jutrzenka“ Krakau.

Im fälligen Meisterschaftsspiel der Landesliga begegnen sich am Sonntag, den 18. September, um 4 Uhr nachmittags, auf dem 1. F. C.-Platz in Kattowitz obige Gegner.

„Freie Turner“ Kattowitz — „Vorwärts“ Kattowitz.

Um ½3 Uhr, vor dem Ligatreffen von „Ruch“ und „Jutrzenka“, begegnen sich die Kattowitzer Lokalrivalen in einem Handballspiel. Wer wird Sieger? Beiden Mannschaften sind die Chancen für den Sieg gleich.

Eine interessante Statistik.

Wer hat bis jetzt die meisten Tore, um die Ligameisterschaft von Polen erzielt: Reymann 31 Tore, Kuchar 23, Lanko 21, Steuermann, Przybysz je 20, Stalinski, Görlitz II, Geisler je 19, Herbstreich 18, Jung, Adamek je 17, Garbien 15, Sawka 14, Czissewski. Katzy je 13, Sobota, Krumholz, Mahler je 11, Bacz, Gumowski, Leja, Balcer je 10, Alaszewski, Kozok II, Nawrot, Czulack je 9 Cieszynski, Chmielowski, Al. Kubik lle 8, Sowiak, Emchowicz je 7, Grubowski, Durka, Kotlarczyk II, Radomski, Kogut, Rebazione, Barmherzig I, Belczewski je 6 Tore, Julawiak, Blaszczynski, Tupalski, Rochowicz, Haselbusch, Reymann II je 5 Tore. Die anderen Spieler haben eine kleinere Anzahl erreicht.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Strafvollzug in früherer Zeit

Aus dem Archiv der hamburgischen Strafanstalten Fuhlsbüttel.

Von Wilhelm Kindermann, Weimar.

Rechtsfragen sind Machtfragen. Diese Tatsache wird bei einem Rückblick auf die Geschichte des Strafrechts und des Strafvollzugs recht stark und deutlich unterstrichen: wer die Macht hatte, hatte das Recht, übte es aus und ließ den unteren Schichten der Bevölkerungs, die infolge ihrer sozialen Lage die Mehrzahl der Rechtsbrecher stellten, den starken Arm der Justiz fühlen. Lange dauerte es, ehe das mittelalterliche Strafrecht abgelöst wurde, obwohl die Kultur vorwärts schritt und das in den Zustand der Erstarrung geratene Strafrecht überholte. Erst allmählich erfolgte ein Umschwung, der bewirkte, daß die Freiheitsstrafe mehr hervortrat und zur Folge hatte, daß mit der Entwicklung des Strafrechts ein Ausbau des Gefängniswesens einherging. Das Archiv der hamburgischen Strafanstalten Fuhlsbüttel enthält geschichtliches Material, wie es kaum irgendwo zu finden sein dürfte. Der Vorteil seiner Vollständigkeit bringt allerdings den Nachteil mit sich, daß es schwer zugänglich ist, d. h., daß die vielen dickleibigen Folianten oftmals weder ihrem Inhalt noch dem Umfange nach zu lesen sind. Sie aller stellen zusammen eine Geschichte dar, von deren zahllosen Einzelvorgängen man sagen kann, daß das Unbedeutende Ereignis wird. Das Archiv enthält Tagebücher der Jahrverwalter des Werk- und Zuchthauses und des Spinnhauses, Protokolle von Kollegien und Deputationen, eine fortlaufende Chronik der Gefägnisverwaltung vom Beginne des 17. Jahrhunderts an mit zahlreichen Beilagen, Rechnungen, Uebersichten, Vorträgen und Gutachten über die im Laufe der Zeit aufgetauchten wichtigen Fragen der Verwaltung. Den ältesten Bestandteil des Archivs bildet ein Buch aus dem Jahre 1622, das verschiedene nicht zusammenhängende Einträge enthält, die anfänglich in niedersächsischer Sprache niedergeschrieben sind. Im folgenden sei etwas über das Strafrecht auf Grund von Urkunden gesagt.

Die Gerichtsordnung von 1531, herausgegeben unter Kaiser Karl V., kodifizierte das Recht des Mittelalters und blieb für die Entwicklung des deutschen Strafrechts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts maßgebend. Der Schwerpunkt des mittelalterlichen Strafensystems ruht auf der Leibes- und auf der Lebensstrafe. Diese Strafen entsprachen der Auffassung jener Zeit, die sich mit dem Unterhalt zahlreicher Gefangener nicht befassen konnte oder wollte. In den bewegten Zeiten des Mittelalters galten Menschenleben nicht viel. Die natürlichste Strafe für den Verbrecher war die Todesstrafe. Leichtere Verbrechen wurde mit Leibes- oder mit Vermögensstrafen bestraft. Die Abstufung in der Schwere der mit dem Tode bedrohten Verbrechen erfolgte durch die Art und Weise der Hinrichtung. Im 15. und 16. Jahrhundert wurden Mörder mit dem Rade gerichtet. War der Mord an Eltern oder Verwandten verübt, so wurde der Mörder vor der Hinrichtung mit glühenden Zangen gepeinigt. Mordbrenner verbrannte, Kindesmörderinnen ertränkte man oder begrub sie lebendig. Verräter wurden gevierteilt und Diebe gehenkt. Um 1600 herum war es üblich, Leibesstrafen für Gotteslästerer zu verhängen. Sie wurden mit Ausschneiden der Zunge und Meineidige mit dem Abhauen des Schwurfingers bestraft. Außerdem fanden öffentliche Auspeitschungen und Brandmarkungen statt. Des Landes verwiesene Verbrecher erhielten ein Brandmal auf die Schulter gebrannt, das einen Galgen und ein Rad darstellte.

Das mittelalterliche Strafrecht gestattete die Anwendung der Folter. Die Folter erpreßte von Unschuldigen Geständnisse nicht verübter Verbrechen und häufte Justizmorde. Aberglauben und Unvernunft führten dazu, daß ein im Jahre 1484 von Kölner Dominikaner verfaßter Hexenhammer zu Ansehen gelangte und für die Gestaltung von Hexenprozessen für die geistlichen und weltlichen Gerichte maßgebend in fast ganz Deutschland wurde. Bekanntlich tötete die Kirche keinen Ungläubigen, sondern stieß ihn aus der Kirche aus und übergab ihn der weltlichen Macht, die schon wußte, was sie zu tun hatte. Das hamburgische Stadtrecht von 1270 Mark drohte mit dem Verbrennen auf dem Scheiterhaufen allen ungläubigen Christen, die mit Zauberei oder Vergiftung umgingen. 1603 bedrohte das Stadtrecht Zauberer und Zauberinnen, die mit verbotenen Mitteln dem Menschen oder dem Vieh an Leib und Leben Schaden zufügten oder die „von Gott und seinem heiligen Wort vergessentlich abtreten und mit dem bösen Wein sonderbare hochärgerliche Bündnisse machen", mit Feuer und Schwert. Im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts erreichten die Hexenprozesse in Deutschland den Höhepunkt. Der 30jährige Krieg hatte noch nicht genug Elend gebracht; man machte sich Schauspiele voll Grauen und Entsetzen. Ein Würzburger Jesuit, der weit über 100 Hexen zum Scheiterhaufen begleitete, aber von keiner einzigen die Ueberzeugung ihrer Schuld gewonnen, schrieb in einer Schrift gegen die Prozedur, durch die oft Unschuldige dem Tode überantwortet wurden. Er beklagt auch die Opfer, die so zahlreich seien, daß „durch den Qualm der Scheiterhaufen die Sonne in Deutschland verdunkelt werde".

Ein Urteilsbuch des Niedergerichts im Hamburger Stadtarchiv gibt einen Ueberblick über die Handhabung der Strafgerichtsbarkeit zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts. 1610 befanden sich unter 23 Urteilen zehn Todesurteile. Von den Todesurteilen lautete eins auf das Rad wegen Mordes, vier auf Strang wegen Diebstahls, fünf auf das Schwert wegen Totschlags, schwerer Körperverletzung; in den übrigen Fällen wurde auf Züchtigung mit Ruten am Pranger erkannt. Die Folter wurde in Hamburg verhältnismäßig wenig angewendet, ein Zeichen dafür, daß die Richter, die aus der Bürgerschaft gewählt wurden, vielfach mehr gesunden Menschenverstand hatten, als die zünftigen Juristen und Theologen. Mit welcher Standhaftigkeit oft Frauen die Qualen der Folter ertrugen, geht aus einer Veröffentlichung über einen Offenburger Hexenprozeß hervor. Das wirksamste Folterinstrument war in Offenburg ein eiserner Ofen in Form eines Stuhles, der geheizt wurde. Auf diesem Stuhle saß am 30. Juni 1628 eine Frau, Maria Welch, zwölf Stunden ununterbrochen, bis sie nachts gegen 11 Uhr von ihrer Qual durch den Tod erlöst wurde. Ein Geständnis, das die sofortige Beendigung der Folter zur Folge gehabt hätte, kam nicht über ihre Lippen. Hin und wieder wurde Zwangsarbeit als Strafe ausgesprochen, wobei der Beklagte zu mehreren Jahren „gemeinen Werk und in die Karre kondemnirt" wurde. War auf eine Freiheitsstrafe bei Wasser und Brot erkannt, so mußte diese Strafe oft in einem kellerähnlichen Gefängnis verbüßt werden. Hamburgs erstes Gefängnis unterschied sich von den Gefängnissen in anderen Orten dadurch, daß den Gefangenen das Tageslicht verblieb. Das Gefängnis hatte zwei Abteilungen; Männer und Frauen waren getrennt durch ein Gitter. Jede Abteilung enthielt einen Tisch, der feststand, an welchem die Gefangenen mit Ketten angeschlossen waren. In kleinen Kojen mußten die Gefangenen schlafen. Schlechte Luft und Ungeziefer, sowie die Kälte im Winter waren unvermeidliche Zugaben der Gefangenschaft. Das war in allen mittelalterlichen Gefängnissen der Fall, die gewissermaßen nur eine Vorkammer des Grabes waren. Nie fehlte die Folterkammer mit ihrer zeitgemäßen Einrichtung. In einem Hamburger Kriminalprozeß im Jahre 1686, über den berichtet wird, kamen Daumenstöcke, spanische Stiefel und der gespickte Hase zur Anwendung, so daß den Angeklagten „ganze Stücke von Fleisch vom Leibe gemartert wurden".

Aus einem Tagebuch für das Spinn- und Zuchthaus in Naumburg fallen mir folgende kleinen Stellen auf:

„1672. Angneß Rißmann, von Stade, Alt 26 Jahre, Ihr man ist noch am Leben, wegen Hurrerey, Trunkenheit auf ein Jahr aufgenommen und von ihren Freunden hereingebracht worden.

1675. Marie Pöhlen, Hamburg, Eine Hure, Alt 25 Jahre, eines Fuhrmannes Tochter, auf anhalten Ihres Vaters wegen begangener Hurrerey, von der sie schwanger wurde, ins Spinnhaus reingenommen."

Aus diesen Angaben sehen wir, daß um diese Zeit die Zucht- und Spinnhäuser Besserungsanstalten waren, in die Personen jeglichen Geschlechts eingeliefert werden konnten. Es sind Fälle verzeichnet, aus denen hervorgeht, daß die Gefangenen durch Fürsprache befreit wurden. An und für sich waren diese Anstalten kein ehrenrühriges Haus gewesen, denn ursprünglich sollten nur Arme und Notbedürftige darin Aufnahme finden. Die Versetzung in das Zuchthaus war so eine Art Zwangserziehung. Es bestand also ein Unterschied zwischen den mit Folterkammer usw. ausgerüsteten kleinen Gefängnissen und dem Zuchthaus. Die Behandlung der Züchtlinge war oft hart und grausam, Leben und Gesundheit schädigend. Später wurde den Zuchthäusern der Vollzug von Freiheitsstrafen übertragen. Das war um 1700 herum. Das Zuchthaus besaß eine gute Einrichtung, hatte Räume für gemeinsame Haft, Schlafzellen und Kojen zum Aufenthalt bei Tag und Nacht. Es klingt heute eigentümlich, wenn festgestellt wird, daß die Zellen des Hamburger Zuchthauses schon damals genügend Flächeninhalt, Oefen und kanalisierte Klosetts aufwiesen. Dafür sah es in anderen Gegenden Deutschlands in dieser Beziehung einfach schändlich aus. Wir haben heute noch Strafanstalten, die mit ihrer mangelhaften Einrichtung und schlechten Beschaffenheit eine Gefahr für einen gesunden Menschen sind.

Bei der in dieser Anstalt sehr unvollständig durchgeführten Trennung der Geschlechter waren Unzuchtshandlungen in der Anstalt an der Tagesordnung. Die Verhältnisse entwickelten meist deshalb nach dieser Richtung hin, weil die Anstalt zu stark und manchmal sogar eine dreifache Belegung der Betten stattfand. Der gleiche Mißstand herrschte in allen öffentlichen Anstalten. Disziplinarstrafen, wie Auspeitschen an einem Pfahl, waren die Folge. Aus den Aufzeichnungen aber geht auch hervor, daß die Vögte und das Aufsichtspersonal nicht immer einwandfrei handelten und deswegen in die dunkle Koje gesetzt werden mußten. 1731 wurde durch Beschluß des großen Kollegiums der Raspelmeister wegen geschlechtlichen Verkehrs mit einer Gefangenen auf vier Wochen bei Wasser und Brot in die finstere Koje gesetzt und ihm künftighin der Zutritt zu den gefangenen Frauenspersonen untersagt. 1740 wurde der Oberaufseher der Vögte wegen Unterschlagung und Fälschung von Quittungen in die Koje gesetzt. 1740 wurde die Frau eines Schulmeisters wegen fortgesetzter Hehlerei in die Koje gesetzt. 1774 entstand im Zuchthause ein großer Tumult, der zur militärischen Besetzung des Hauses führte. Die Gefangenen revoltierten, weil der vierte Teil ihrer Löhnung ihnen erst bei ihrer Entlassung ausgezahlt werden sollte. Die Rädelsführer wurden in das Spinnhaus, einer Anstalt ähnlichen Charakters, gesetzt. Das Spinnhaus war im Gegensatz zum Zuchthaus eine Anstalt, in der seit seines Bestehens Freiheitsstrafen vollstreckt wurden, während die Entwicklung des Zuchthauses allmählich dortselbst führte. Erst sollten nur liederliche Frauenzimmer in das Spinnhaus gesetzt, dann aber wurde es ein Gefängnis im üblichen Sinne. Die Einsetzung in das Spinnhaus erfolgte auf bestimmte oder unbestimmte Zeit. Bei schlechter Führung mußte die Entlassene wieder in das Spinnhaus zurück. Nach einer Uebersicht aus dem Jahre 1713 befanden sich 40 Männer und 47 Frauen im Hause. Von den Männern waren 33 gerichtlich und 7 außergerichtlich und von den Frauen 12 gerichtlich und 35 außergerichtlich (durch Polizei) bestraft. Von den gerichtlich bestraften Männern waren 30 wegen Diebstahls, 1 lebenslänglich, 29 auf 10 bis 25 Jahre, 1 wegen Totschlags auf Lebensdauer, 1 wegen Mordanfalles zu 25 Jahren verurteilt. Von den Frauen waren 8 wegen Diebstahl, 2 lebenslänglich, die anderen 10 bis 25 Jahren, 1 wegen gewerbsmäßiger Unzucht zu 15 Jahren, 1 wegen Bigamie und gewerbsmäßiger Unzucht zu 20 Jahren, 1 wegen Hochstapelei zu 15 Jahren, 1 wegen in Melancholie begangenen Mordes lebenslänglich verurteilt. Daß in dieser Anstalt, wie auch in der vorhergehenden Züchtigungsrecht des Personals bestand, daß mancherlei Schikanen und Erschwernisse den Gefangenen bereitet wurden, lag im Geiste der damaligen Strafvollstreckung. Mit Prügel wurden vielfach die Insassen empfangen und mit Prügeln auch wieder entlassen. Disziplinarstrafen waren äußerst hart.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts setzte in Hamburg die große Reform des Gefängniswesens ein, die ihre Krönung in den mustergültigen Anstalten mit den zahlreichen Fabrikbetrieben in Fuhlsbüttel gefunden hat. Aus dem Fuhlsbütteler Archiv entnommenen Angaben ist ersichtlich, daß früher nicht nur ungemein harte Urteile gesprochen, sondern daß auch der Strafvollzug unmenschliche Härten mit sich brachte, ganz zu schweigen von dem Verfahren bei dem Finden des Urteilsspruches (Martern und Foltern). Aus alledem und auch aus den heutigen Zuständen im Strafvollzug erscheint es dringend geboten, daß alle Bestrebungen unterstützt werden, die den Strafvollzug humaner gestalten und nicht als einen Vergeltungsakt auswirken lassen, zumal ja doch auch die heutigen Rechtsbrecher genau so wie früher nicht aus Uebermut stehlen oder rauben, sondern um ihr Leben fristen zu können. Ferner verdienen die Psychopathen weiterhin ein großes Augenmerk. Daß bei dieser Gelegenheit an dieser Stelle nicht ausführlich die Todesstrafe besprochen wurde, lag an der großen Fülle des Stoffes und an dem Umfang dieser Arbeit, die nur einen kleinen Einblick in den Strafvollzug in früheren Zeiten geben sollte.

Der Mann — und die drei Frauen

Nein, dieser Mann ist kein Heiratsschwindler. Der Fall ist komplizierter. Nur im Buch der seltsamsten Abenteuer, im Polizeibericht, konnte diese Geschichte so trocken erzählt werden, daß sie wie ein ganz gewöhnliches Erlebnis klingt. Denn sie ist sehr ungewöhnlich, wie sogar der mit Sensation überfütterte Leser bald erkennen wird.

Im Marien-Hospital wurde in der vorigen Woche ein Engländer Charles Barrett aufgenommen, der einen Selbstmordversuch gemacht hatte. Der junge Mann hatte Gift geschluckt, und er protestierte mit schwacher Stimme gegen jede Bemühung, sein Leben zu retten. Nur eine Bitte hatte er noch: Frau Elisabeth Barrett, die in einem guten Pariser Hotel wohnte, und Frau Catherine Barrett, die eine eigene Wohnung in St. Cloud besaß, sollten an sein Sterbebett gerufen werden. Die Verwaltung des Hospitals ließ die beiden Frauen benachrichtigen, in der Annahme, daß es sich um die Mutter und die Gattin handle. Es kamen bereits in der nächsten Stunde zwei junge elegante und hübche Damen vorgefahren, die beide weinend erklärten, daß sie die rechtmäßig angetraute Gattin Charles Barretts seien. Beide machten das Recht geltend, zu dem Sterbenden gelassen zu werden, um ihn noch einmal sehen und sprechen zu können. Da inzwischen die Kunst der Aerzte die Abreise Barretts ins Jenseits noch im letzten Augenblick verhindert hatte, wurden Elisabeth und Catherine ins Zimmer des Kranken geführt.

Charles lag blaß und sichtlich erregt in den Kissen, und an seinem Bette saß eine junge blonde Krankenschwester, der er eben seinen letzten Willen diktiert hatte. Als beide Frauen zu gleicher Zeit eintraten, stöhnte der durchgefallene Todeskandidat auf, aber er nahm sich zusammen und legte sein Bekenntnis ab. Er hatte wirklich zweimal in aller Form geheiratet, und gerade, weil er die Strafe für das Verbrechen der Bigamie fürchtete, wollte er aus dem Leben scheiden. Weinend bat er die Rivalinnen, die zornig und erschüttert an den Seiten des Bettes einander gegenüberstanden, seiner großen Liebe zu vergeben. Er sagte, daß er beide angebetet habe, er wollte sie beide besitzen, deshalb hätte er beide betrogen. Aber er wünschte jetzt durch seinen Tod beide für ein neues glückliches Dasein zu befreien. Als Beweis für seine Reue hatte er einer jeden ein Drittel seines, wie man so ausdrucksvoll zu sagen pflegt, nicht unbeträchtlichen Vermögens vermacht.

Diese Absicht war edel, aber, da Charles Barrett am Leben blieb, hatte seine Tat für alle Beteiligten nur eine festere Kette geschmiedet. Die erste Frau hatte das größte Recht auf den Mann und das Geld, aber sie besaß den Mann nur zur Hälfte und das Geld nur zum dritten Teil. Die zweite Frau war am schlimmsten betrogen; sie hatte nicht einmal mehr das Recht, sich Barrett zu nennen, und die Erbschaft konnte von der richtigen Gattin Barretts zu jeder Zeit angefochten werden. Und der arme Barrett mußte für seine große Doppelliebe ganz anders büßen, als er geglaubt hatte: ins Grab kam er nicht, aber mit Sicherheit ins Gefängnis!

Nun aber begannen die Wunder, beide Frauen waren Charles Barrett dankbar für die kurze Zeit großen Glückes, und beide wünschten, ihm seine Gewissensqual zu erleichtern. Elisabeth Barrett war bereit, sich zugunsten von Catherine scheiden zu lassen. Catherine legte nicht einmal großen Wert darauf, rechtmäßig geheiratet zu werden, wenn nur die Rechtmäßigkeit der Erbschaft nicht angefochten würde. Beide Gattinnen a. D. trösteten deshalb nach kurzer Verständigung den armen Charles über die Aussichten auf eine einsame Kerkerzelle, und jede von beiden ließ verschämt erkennen, daß sie bereit sein würde, nach der Haft auf den geliebten Mann zu warten — und natürlich auch auf das dritte Drittel, des, wie man so ausdrucksvoll zu sagen pflegt, nicht unbeträchtlichen Vermögens.

Jedoch in diesem Moment gesteigerten Edelmutes begab sich etwas Unerwartetes. Die blonde sanfte Krankenschwester erhob sich, das Testament Barretts in der Hand, und sagte mit milder Stimme: „Sie brauchen sich nicht zu bemühen, meine Damen, es ist alles bereits zwischen Charles und mir geregelt: Sie, Frau Elisabeth, lassen sich scheiden und erhalten dafür ein Drittel, Sie, Frau Catherine, brauchen nicht geschieden zu werden und erklären sich mit dem zweiten Drittel für abgefunden. Charles Barett wird seine Strafe verbüßen, und er wird, da Sie beide in Paris nicht ganz unbekannt sind, hoffentlich milde Richter finden. Und wenn Charles aus dem Gefängnis entlassen wird, dann werde ich ihn heiraten und ihn vor weiteren Dummheiten schützen. Mir genügt das letzte Drittel, wenn ich den Mann ganz habe. Wir haben uns vor einer Stunde verlobt."

Elisabeth und Catherine waren maßlos überrascht, aber sie fügten sich, weil sie mit dem Instinkt kluger Frauen erkannten, daß gegen diese blonde sanfte Krankenpflegerin nichts zu machen war. Sanfte Frauen sind immer gefährlich, nur eines beunruhigte Elisabeth und Catherine: wie war es möglich gewesen, daß der sterbende Mann, während er das Gift aus dem Körper entleerte, noch die Zeit gefunden hatte, sich zum drittenmal zu verlieben und sogar zu verloben?

„Es war Bestimmung," flüsterte Charles Barrett, „sie hat mir so sanft den Kopf gehalten..."

Erde auf der Speisekarte

Erdesser in Bolivien. — Das Erdeessen als Heilmittel und im religiösen Kult. — Erdmehl. — Brot — Erdeessen verboten. — Die Erde in der Küche. — Knödel und Brei. — Die erdegierigen Sudan-Neger. — Vom Nähr- und Geschmackswert der Eß-Erden.

Von M. A. von Lütgendorff.

Als der bekannte schwedische Forscher Erland v. Nordenskiöld auf seiner letzten Expedition Bolivien bereiste und die Stämme der Huari-Indianer besuchte, machte er die Beobachtung, daß die Kinder dieser Indianer besonders starkleibig waren, was sich darauf zurückzuführen ließ, daß die Kinder der Huari leidenschaftliche Erdesser waren. Die Vorliebe für das Verzehren von gewissen Erdarten, eine Erscheinung, die man in der Wissenschaft als Geophagie bezeichnet, findet sich bei den verschiedensten Völkern der Erde, allerdings hauptsächlich in den Tropen, wo das Erdessen vielfach auch als Heilmittel gegen Darmstörungen wie überhaupt als Anregung zur Verdauungstätigkeit betrachtet wird. Auf der Insel Timor gehört das Erdessen sogar zum religiösen Kult und zwar zur Bestätigung eines Gottesurteils, dem sich der Gläubige unterwerfen muß. Auch in europäischen Ländern kann man die Gewohnheit des Erdessens beobachten und zwar sowohl im Norden, wie zum Beispiel in Lappland und Finnland, wo man, um das stets knappe Mehl zu strecken, eine Erdart, das sogenannte Bergmehl, dem Brotteig beimengt, wie auch im Süden, so hauptsächlich in Italien, wo sich in Toskana und auf Sardinien ebenfalls mehrere eßbare Erden finden.

In den Hungernotzeiten des Dreißigjährigen Krieges gab es auch in Deutschland Erdesser. Man mischte auch hier, wie heute noch in Nordschweden und Finnland, die Erde in das zum Brotbacken verwendete Mehl, und besonders gut soll sich hierzu eine Erdart geeignet haben, die man in den Sandsteingruben nahe dem Kyffhäuser ausgrub. Zur gleichen Zeit war das Verspeisen einer gewissen besonders „schmackhaften" Erde in Spanien und Portugal aber wieder eine Liebhaberei der vornehmen Damen, die diesen zweifelhaften Genuß sogar übertrieben, daß man schließlich strenge Strafen auf das Erdessen setzte. Die Folge hiervon war dann freilich, daß man versuchte, die Erde in Form von

Speisen zu verkochen, was aber nur schlecht gelang. Dagegen verstehen es die am Orinoko lebenden Ottomaken, ein uralter Indianerstamm, vorzüglich, einige bei ihnen vorkommende Erdarten in der Küche zu verwenden. Am meisten geschätzt ist dort eine gelbliche, fette und stark eisenhaltige Tonerde, aus der die Frauen kleine Klöße formen, die sie dann leicht rösten und vor dem Essen noch mit Wasser überspritzen. Auch die Eingeborenen Javas bereiten aus einer eisenhaltigen, salzigen und fettigen Erde, die zuerst geröstet und dann angefeuchtet wird, eine breiartige Speise. In Persien ist das Erdeessen ebenfalls sehr beliebt, aber jetzt offiziell verboten, was aber doch nicht hindert, daß man in den Bazaren „hinten herum" auch heute noch verschiedene eßbare — meist fette und salzige — Tonerden zu kaufen bekommt. Unter den afrikanischen Sudan-Negern gibt es so leidenschaftliche Erdesser, daß manche von ihnen die Erde oft pfundweise verzehren.

Was die Zusammensetzung der eßbaren Erden betrifft, so handelt es sich entweder um das Bergmehl, auch Infusorienerde oder Kieselguhr genannt, die ein kreideähnliches Gemisch aus feinsten Kieselteilchen, welche durch Ton gebunden sind, darstellt und der Hauptsache nach aus mikroskopisch kleinen Kieselalgen besteht, oder um fette, salz- und eisenhaltige Tonerden. Irgendwelchen nennenswerten Nährwert besitzt natürlich keine der eßbaren Erden. Als ein Forscher — Meigen — eine auf Neu-Guinea sehr beliebte Eßerde untersuchte, erwies sie sich als eine Mischung aus Laterit und Kaolin, die gelb gefärbt und fett war und etwas nach Kampfer roch. Doch war ihr Geschmack würzig, wie sie denn auch beim Zerkauen nicht knirschte, sondern leicht verschluckt worden konnte.

Er will sich hinrichten lassen

Zur wissenschaftlichen Erprobung des elektrischen Stuhls.

Der angebliche dänische Schriftsteller Thorkil Barsod erklärt in der Kopenhagener „Politiken" seine Bereitwilligkeit, sich von den amerikanischen Behörden im elektrischen Stuhl hinrichten zu lassen, damit die in der letzten Zeit in ganz Skandinavien mit großer Aufregung erörterte Frage einwandfrei geklärt werden könne, ob die elektrisch Hingerichteten nur einen Scheintod erleiden, das heißt also, erst unter dem Messer des sezierenden Arztes getötet werden oder ob der elektrische Stuhl faktisch durch augenblickliche Tötung eine so humane Tötungsart darstellt, wie es von amerikanischer Seite behauptet wird.

Barsod knüpft an sein Angebot die Bedingungen, daß

1. die Hinrichtung in der Weise und mit derselben Stromstärke vorgenommen würde, wie wenn ihn ein amerikanisches Gericht zum Tode verurteilt hätte;

2. eine Anzahl amerikanischer und europäischer Wissenschaftler und Aerzte der Hinrichtung beiwohnen;

3. die europäische und die amerikanische Presse als Kontrolle der Oeffentlichkeit vertreten sein sollte:

4. die anwesenden Aerzte zu dem Zeitpunkte, wo sonst die Obduktion einsetzen würde, alle erdenklichen Wiederbelebungsversuche machen würden, bis das Leben wieder eingetreten oder auch der Tod einwandfrei erwiesen sei.

Außerdem beansprucht Barsod freie Reise nach Amerika und, da er Familienvater sei, eine jährliche Entschädigung an seine eventuelle Witwe, die seiner normalen Jahreseinnahme aus seinen literarischen Werken entspricht.

Barsod ist sich darüber im klaren, daß sein Angebot die Möglichkeit in sich birgt, daß die Anhänger der elektrischen Tötung recht behalten, er also tatsächlich sein Leben riskiert. Er verweist aber in diesem Zusammenhang auf die Tausende von Fliegern, Boxern, Wissenschaftlern, die mit gefährlichen Bazillen und Giftstoffen experimentieren, u. a. mehr, die dauernd dem Tod ins Auge sehen.

Mit diesem Experiment der elektrischen Hinrichtung mit daran sich anknüpfenden Wiederbelebungsversuchen würde, so meint Barsod (der übrigens in einem privaten Schreiben an die „Politiken" den absoluten Ernst seines Angebots betont), die ganze Welt entweder durch seinen „humanen", also leichten Tod von einem entsetzlichen Zweifel befreit werden oder auch nach geglückter Wiederbelebung dazu gelangen, für alle Zeiten eine Hinrichtungsmethode abzuschaffen, von deren grauenhafter Tortur man sich bei eventuellem Erwachen des Hingerichteten überhaupt keine Vorstellung machen könne.

Barsod steht im Alter von 38 Jahren und hat insgesamt 19 Arbeiten herausgegeben, die ihm eine angesehene Stellung im literarischen Leben Dänemarks geschaffen haben.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 17. September 1927: 14.50—15.15: Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans-Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Stunde mit Büchern. — 18.50—19.20: Hans-Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 19.20—19.50: Abt. Sport. – 20: Dichter als Weltfahrer und Vagabunden, Jack London. — 21: Abendunterhaltung. — 22.15—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. (Vorstandssitzung.) Am Freitag, den 16. September 1927, findet im Zimmer 24 des Zentralhotels eine Vorstandssitzung statt. Die Delegierten sämtlicher der Ortsgruppe angeschlossenen Kulturvereine sowie der Vorstand der Ortsgruppe Bogutschütz haben die Pflicht, zu erscheinen. Tagesordnung: Winterprogramm.

Eichenau. Am Sonntag, den 18. September 1927, nachmittags 3 Uhr, findet bei Jezierowski die Generalversammlung des B. f. A. statt. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.

Kostuchna. Am Freitag, den 16. September, nachmittags ½7 Uhr, findet bei Weiß eine Vorstandssitzung statt, zu welcher auch die Vorstände von Kulturvereinen, sowie Partei und Gewerkschaften geladen sind.

Versammlungskalender

Achtung, Freie Sänger!

Generalprobe für Kattowitz, Königshütte, Bismarckhütte, Schwientochlowitz und Laurahütte bereits

Freitag, den 16. September,

abends ½8 Uhr, im Volkshaus zu Königshütte.

Kattowitz. („Arbeiterwohlfahrt".) Am Sonntag, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung der Frauengruppe statt, zu der hiermit alle freundlichst eingeladen sind. Referent: Genosse Kowoll.

Kattowitz. (Holzarbeiter.) Sonntag, den 18. September, vormittags 10 Uhr, im Zentralhotel, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung sehr wichtig. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Zawodzie. (Bergarbeiter.) Sonntag, den 18. September 1927, vormittags 10 Uhr, findet beim Herrn Struzyna eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent: Nietsch.

Zalenze. (D. S. A. P.) Am Sonntag, den 18. September, vormittags 9,30 Uhr, findet bei Golczik eine außerordentliche Generalversammlung der D. S. A. P. statt. Die Tagesordnung umfaßt unter anderem die Vorstandswahl, deshalb ist es von großer Wichtigkeit, daß alle Genossen zu derselben recht zahlreich erscheinen. Referent: Genosse Matzke.

Domb-Josefsdorf. (Achtung, Freidenker!) Unsere nächste Versammlung findet Sonntag, den 18. September, nachmittags 3 Uhr, in Agneshütte bei Hosnowski statt. Gäste durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Bismarckhütte. (D. M. V.) Sonntag, den 18. September, vormittags 10 Uhr, findet eine Mitglieder-Versammlung des D. M. V. im Lokal Freitel, ul. Krakowska 11, statt.

Königshütte. (Ortsausschußvorstand.) Am Sonntag, den 18. September 1927, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus Königshütte unsere Vorstandssitzung statt. Zu dieser wird hiermit auch die Lokalkommission eingeladen.

Königshütte. (Freidenker.) Sonntag, den 18. d. M., vormittags 9½ Uhr, findet die fällige Monats-Versammlung im Dom Ludowy (Volkshaus) statt. Gäste willkommen.

Königshütte. (Freidenkerverein.) Am 20. d. Mts., abends 7 Uhr, veranstaltet der Verein zusammen mit dem Gesangverein eine Trauerfeier zu Ehren der in Kürze verstorbenen Genossen Wilk und Meizner im Zentralhotel in Kattowitz. Pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Königshütte. (Achtung, Arbeiter-Sänger!) Am Mittwoch, den 21. September, findet im Volkshaus eine gemischte Mitgliederversammlung statt. „Vorwärts" und „Edelweiß" treffen sich um 7½ Uhr abends im Vereinszimmer. Die Wichtigkeit der Tagung erfordert eines jeden Mitgliedes Erscheinen.

Schlesiengrube. (Bergarbeiter.) Am Sonntag, den 18. September 1927, vormittags 10 Uhr, findet bei Herrn Scheliga eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent: Helmrich.

Neudorf. Am Sonntag, den 18. September 1927, vormittags 10 Uhr, findet bei Herrn Brenner eine Mitglieder-Versammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Hohenlinde. (Freidenker.) Sonntag, den 18. September, vormittags 9 Uhr, findet im Lokal bei Kokot die fällige Monatsversammlung der Freidenker statt.

Ober Lazisk. (Partei und Bergarbeiter.) Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet bei Mucha eine Parteiversammlung der D. S. A. P. zugleich mit den Bergarbeitern der dortigen Zahlstelle statt. Zahlreiches Erscheinen daher sehr erwünscht. Referent: Genosse Matzke.

Nikolai. (Partei und Bergarbeiter.) Am Sonntag, den 18. September, um 3 Uhr nachmittags, findet die Mitgliederversammlung des Bergarbeiter-Verbandes mit der Partei der D. S. A. P. im Vereinslokal statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Nikolai. (Metallarbeiter.) Am Sonntag, den 18. d. Mts., findet im Vereinslokal bei Ciossek, Ring, vormittags um 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Es wird um rege Teilnahme gebeten. Referent zur Stelle.

Kostuchna. (Arbeitergesangverein „Freie Sänger".) Die Monatsversammlung findet am Freitag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Weiß statt. Um ½7 Uhr Vorstandssitzung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Vermischte Nachrichten

Billige Motorwagen auf Schienen.

In Schweden hat man mit Erfolg die bekannten Fordsonmotoren in gewöhnliche alte Eisenbahnwagen einzubauen versucht, um auf Nebenlinien billige Triebwagen zu bekommen. Mit solchen Wagen, die nur halb so teuer sind als neu gekaufte, hat man gute Erfahrungen bei ausgedehnten Probefahrten gemacht. Dänemark will ebenfalls solche Triebwagen einführen. Statt alte Personenwagen zu neuen umzubauen, werden gleich die Fordsonmotoren eingesetzt und der übrige Raum entsprechend neu gestaltet. Mit diesen Wagen läßt sich ein sehr billiger Verkehr einrichten.

Schnelläufer mit 9 PS. Aus physiologischen Gründen ist eine Höchstgrenze für sportliche Leistungen gegeben. Ein Hundertmeterlauf kann nicht in kürzerer Zeit als zehn Sekunden zurückgelegt werden und mit dieser Geschwindigkeit kann nicht länger als 30 Sekunden gelaufen werden. Die dabei aufgewendete Leistung ist 9 PS., soviel als nötig wäre, das Eigengewicht des Läufers in zehn Sekunden hundert Meter hoch zu heben. Während jeder Arbeit produzieren die Muskeln Milchsäure, von der der Organismus nicht mehr als 120 Gramm aufstapeln kann, ohne schwer geschädigt zu werden. Der Läufer mit obigem Tempo — 36 Kilometer pro Stunde — produziert in je 10 Sekunden 45 Gramm Milchsäure. Nach dem Ueberschreiten der Maximaldosis — 120 Gramm — tritt der „Muskeltod" ein, der unter Umständen auch den Tod des betreffenden Menschen zur Folge haben kann.